



# Ein vermeidbarer Krieg, der die Welt verändert

*Mit jeder Verlängerung und Erweiterung des Krieges in der Ukraine durch die Russische Föderation und die westlichen Waffenlieferungen für die Ukraine wächst die Gefahr einer noch größeren Katastrophe unter Beteiligung mehrerer atomar bewaffneter Staaten. Auch wenn noch unklar ist, welchen Verlauf dieser konkrete Krieg nimmt, steht die Welt an der Schwelle einer schweren neuen Zeit, zumal der Hauptkriegstreiber USA in dieser explosiven Lage jetzt – da in Europa andere seinen Job machen – auch die VR-China massiver ins Visier nimmt, siehe die jüngste Pelosi-Provokation in Taiwan.*

*Die Zeitschrift der belgischen Partei der Arbeit (ptb/pvda) LAVA hat in ihrem Schwerpunktheft »Paix, pain, climat« (»Frieden, Brot, Klima«) u. a. einen anregenden Beitrag von Tony Wood zur »Matrix des Krieges« veröffentlicht. Die Basis unserer Übersetzung ist das englischsprachige Original aus »New left review« vom 6. April 2022. Übersetzung: Jenny Farrell*

*Der zweite Beitrag dieser Beilage ist ein überraschendes Mitbringsel unseres Mitherausge-*

*bers Gottlieb Gudopp aus seinem Österreich-Urlaub: »Österreich Sicher«, ein Gratisblatt und »Offizielles Partnermagazin für Prävention im Rahmen der Aktion GEMEINSAM.SICHER in Österreich« (Auflage 650 000), finanziert u. a. durch Anzeigen des Bundesinnenministeriums, der Arbeiterkammer, der Volkshilfe, der Volksbank und diverser Unternehmen der Security-Branche. Die Titelstory zum Ukraine-Krieg möchten wir unseren Leser:innen nicht vorenthalten. Zitierfähig auch für alle, die marxistischen Analysen nicht trauen.*

*Abschließend dokumentieren wir den Beschluss des 24. Parteitagess der DKP vom 22. Mai 2022 zum Ukraine-Krieg und den Aufgaben der Kommunist:innen in der Friedensbewegung.*

LoG



# Die Matrix des Ukraine-Krieges

Tony Wood

## Drei eng miteinander verbundene Analyse-Achsen

Der Kreml trägt die Verantwortung für die Entfesselung dieses Krieges und wird, unabhängig vom Ausgang, eine schwere moralische Last für die von ihm verursachte Zerstörung tragen. Inmitten einer breiten Welle der Sympathie für die Ukraine und der Verurteilung Putins – die auch in Russland kurzzeitig durch einen Ausbruch spontaner Anti-Kriegs-Demonstrationen zum Ausdruck kam – haben die Bemühungen der USA und ihrer Verbündeten, das gegenwärtige Regime zu strafen und zu ächten, an Fahrt gewonnen. Die berechtigte Empörung und die unmittelbaren Forderungen nach Solidarität mit den Ukrainern dürfen jedoch nicht dazu führen, dass größere Fragen der historischen Verantwortung ausgeblendet werden. Als der mächtigste Block in einem jahrzehntelangen geopolitischen Wettstreit um die Ukraine haben die USA und ihre NATO-Verbündeten zwangsläufig eine Rolle bei der Gestaltung des Kontextes für die Invasion gespielt, so wie die zwischenimperialen Rivalitäten in der Belle Epoque den Boden für den Absturz in den Krieg im August 1914 bereitet haben. Jede Analyse, die sich allein auf Russlands Handlungen beschränkt oder nur in Putins Kopf schaut, ist im besten Fall eine einseitige Täuschung und im schlimmsten Fall eine vorsätzliche Verzerrung der Tatsachen.

Für ein klares Verständnis müssen wir drei miteinander verwobene Analysestränge im Auge behalten: erstens die innere Entwicklung und die Prioritäten der Ukraine seit 1991, zweitens das Vordringen der NATO und der EU in das strategische Vakuum, das nach dem Ende

des Kalten Krieges in Osteuropa entstanden ist, und drittens Russlands Weg vom postsozialistischen Niedergang zum nationalen Wiedererstarken. Das Zusammentreffen und die Kollision dieser drei Dynamiken bildete den größeren Kontext für die russische Aggression.

## Ein gestärkter Kreis pro-westlicher Staaten

Der Krieg von 2022 ist zugleich Ausdruck und Ergebnis einer längerfristigen Dynamik, die die Ukraine in den Mittelpunkt rivalisierender geopolitischer und geoökonomischer Projekte stellte: auf der einen Seite ein vom Westen gesteuertes Tandem aus NATO und EU, das die strategische Vorherrschaft der USA ausbauen und die Ukraine in die liberale kapitalistische Architektur der EU einbinden will, und auf der anderen Seite die russischen Versuche, im »nahen Ausland« wieder eine Einflussosphäre zu schaffen. Das Machtgleichgewicht – militärisch, wirtschaftlich und ideologisch – zwischen diesen beiden Projekten war, gelinde gesagt, einseitig. Über weite Strecken der 1990er und 2000er Jahre konnte eines der beiden Projekte ungehindert voranschreiten, während das andere inmitten des postsowjetischen Durcheinanders in Russland kaum mehr als eine kompensatorische Fantasie blieb. Doch seit Mitte der 2000er Jahre, als Russlands Wirtschaft durch die Einnahmen aus den natürlichen Ressourcen wieder in Schwung kam, befinden sich die beiden rivalisierenden Projekte auf Kollisionskurs, und ihre grundlegende Unvereinbarkeit wird immer deutlicher.

Seit der Erlangung der Souveränität 1991 hat die Ukraine gleichzeitig beschleunigte Prozesse

der Staatsbildung und des Aufbaus ihrer Nation durchlaufen im Bemühen, ihre eigenen Interessen unabhängig vom Westen und von Russland durchzusetzen. Nach dem Versuch der Ukraine in den 1990er und frühen 2000er Jahren ein Gleichgewicht zwischen Russland und dem Westen herzustellen, sah sie sich nun mit einer Nullsummenlösung konfrontiert. Seit 2014 – nach der Annexion der Krim und vor allem dem anhaltenden Krieg im Donbass – hat sich die Konfrontation der beiden Projekte noch verschärft und eine Art tektonische Scherung hervorgerufen, die das ukrainische Gemeinwesen neu geformt hat, wobei die Staatsführung das Land fest nach Westen ausgerichtet hat, während die östlichen Gebiete in einem von Russland unterstützten Separatistenkonflikt stecken blieben. Putins Invasion von 2022 sollte dieses bereits bestehende politische und strategische Muster durchbrechen und nach Moskaus Vorgaben umgestalten. Sie könnte jedoch nur den zugrundeliegenden historischen Trend bestätigen, bei dem sich Russlands postsowjetische Nachbarn immer weiter von ihm entfernen und genau den befestigten Ring pro-westlicher Staaten bilden, den die russische Politik seit Jahren zu verhindern versucht.

## Historische Beziehungen zu Russland

Die Konsolidierung eines inbrünstig pro-westlichen ukrainischen Gemeinwesens, dessen Haltung in hohem Maße von der Notwendigkeit bestimmt wird, sich der russischen Feindseligkeit zu widersetzen, ist angesichts des pluralen Erbes des Landes und seiner beträchtlichen Nähe zu Russland ein umso erstaunlicheres historisches Ergebnis. Die Ukraine, die mit dem Zerfall der UdSSR ihre Unabhängigkeit erlangte, unterschied sich in ihrer territorialen Zusammensetzung,

ihrer Kultur und ihrem demografischen Profil deutlich von den baltischen Staaten, deren territoriale Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg festgelegt wurden und die sich kulturell vom Rest der Union unterschieden. Die heutigen Grenzen der Ukraine, die sich vom historischen Kernland des ukrainischen Nationalismus im Westen bis zum Kernland der sowjetischen Industriemoderne im Osten erstrecken – von den barocken Kuppeln in Lwiv bis zum konstruktivistischen Industriepalast in Charkiw – sind das Erbe sowohl der imperialen als auch der sowjetischen Vergangenheit.<sup>1</sup> Es waren die Bolschewiki, die nach dem Bürgerkrieg 1922 die Konturen der Ukrainischen SSR festlegten und Kiew und den Kern der mittelalterlichen Rus mit den ursprünglich vom Romanow-Reich im 18. Jahrhundert eroberten Steppengebieten und dem sich industrialisierenden Donbass zusammenführten. Zu Beginn und am Ende des Zweiten Weltkriegs kamen weitere ukrainischsprachige Provinzen im Westen hinzu, die zuvor habsburgische und dann polnische Gebiete waren. 1954 wurde die Krim – seit 1921 eine autonome Einheit innerhalb des russischen Teils der UdSSR, deren gesamte krimtatarische Bevölkerung 1944 massenhaft deportiert wurde – in die Ukrainische SSR eingegliedert.

Die frühe sowjetische Politik hatte im Einklang mit den leninistischen Grundsätzen der Selbstbestimmung den Gebrauch der ukrainischen Sprache und die »Indigenisierung« der staatlichen Strukturen gefördert; die 1920er Jahre brachten auch eine literarische und kulturelle Blütezeit, als nationalistische Netzwerke, die zuvor durch die imperialen Grenzen getrennt waren, staatliche Sanktionen erhielten. Doch am Ende des Jahrzehnts änderte Moskau seinen Kurs und verfolgte einen strafenden Ansatz; die ukrainische nationalistische Intelligenz wurde dezimiert.<sup>2</sup> Obwohl die Führungsriege

1 Für einen ausgewogenen historischen Überblick über diese Epochen siehe Orest Subtelny, *Ukraine: A History*, 4. Auflage, Toronto 2009, S. 201–335 und 348–537.

2 Zu beiden Phasen siehe Terry Martin, *The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*, Ithaca NY 2001, insbesondere die Abschnitte 2, 3, 6 und 7. Dank auch an Kyle Shybunko

der kommunistischen Ukraine aus Ukrainern bestand, schrumpfte der Spielraum für die Ausprägung selbst einer sowjetischen ukrainischen nationalen Identität erheblich. Während die russischen Beteuerungen, die Ukrainer seien ihr »Brudervolk«, immer sowohl herablassend als auch eigennützig waren, gab es seit der Zarenzeit auf allen Ebenen der Gesellschaft eine beträchtliche Migration und Mischehen zwischen den beiden Völkern. Während die Industrialisierung des ukrainischen Ostens mit einem Zustrom russischsprachiger Menschen einherging, wurde die Kolonisierung der sibirischen Agrargrenze zu einem erheblichen Teil von ukrainischen Bauern durchgeführt. Anatol Lieven hat die Rolle der Ukrainer im Russischen Reich eher mit der der Schotten als mit der der Iren verglichen – mit der Ausnahme, dass es im rechtlichen und wirtschaftlichen Bereich »unmöglich war zu sagen, wer die ›Kolonisatoren‹ und wer die ›Kolonisierten‹ waren.«<sup>3</sup> In diesem Punkt unterschied sich die Ukraine von den zentralasiatischen und kaukasischen Sowjetrepubliken, in denen eher eine koloniale Beziehung bestand. In der gesamten UdSSR war Russisch in den meisten Fällen die Sprache der hohen Politik, des Bildungswesens und des sozialen Aufstiegs – das Medium der sowjetischen Modernisierung, wie Lieven es formulierte<sup>4</sup> – und die Zweisprachigkeit, die von Nicht-Russen erwartet wurde, wurde selten erwidert. Auch hier unterschied sich die Ukraine: Am Ende der Sowjetära war der größte Teil der Ukraine wirklich zweisprachig, wobei Russisch in mehreren Großstädten die Lingua franca oder Muttersprache war und die Menschen in Kiew und den zentralen Provinzen Dialekte sprachen, die beide Sprachen vermischten.

Was die Ukraine mit den meisten anderen ehemaligen Sowjetrepubliken gemeinsam hatte, war eine Wirtschaftsstruktur, die von

Grund auf darauf ausgerichtet war, Teil eines allumfassenden Systems zu sein – und somit eine, die dramatisch unausgewogen sein würde, wenn sie eine souveräne Einheit werden würde. Neben einem großen Agrarsektor verfügte die Ukraine über die Bergwerke und die Schwerindustrie des Donbass sowie über einen bedeutenden Militärssektor. Dieser Sektor, der bereits in den 1980er Jahren stagnierte, wurde durch den Zusammenbruch der Sowjetunion zerstört, so dass die Ukraine selbst bei dem Versuch, ihre Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen, händeringend nach neuen Exportmärkten suchte, und zwar inmitten eines Einbruchs, der noch tiefgreifender war als in anderen postsowjetischen Staaten: Das BIP schrumpfte zwischen 1990 und 1999 um mehr als 60 Prozent und lag selbst 2020 noch bei knapp der Hälfte des spätsowjetischen Niveaus (in konstanten Preisen).<sup>5</sup> Die Ukraine war auch die letzte der ehemaligen Sowjetrepubliken, die eine konstante Währung einführte: Der 1992 eingeführte und dann von der Hyperinflation verwüstete vorübergehende Karbovanets-Coupon wurde erst 1996 durch die Griwna ersetzt.

Diese Besonderheiten – territoriale Vielfalt, eine Beziehung sui generis zu Russland, das Erbe der sowjetischen wirtschaftlichen Interdependenz – machten die Ukraine zu einem inhärent vielfältigen und potenziell stärker gespaltenen Land als viele andere postsowjetische Länder. Dadurch wurde die Entwicklung des Landes in den 1990er Jahren erheblich beeinträchtigt.

## Strategisches Gleichgewicht von 1994 bis 2005

Nationalistische Bewegungen – allen voran die Rukh-Partei – spielten eine herausragende Rolle bei den ukrainischen Souveränitätsbestrebungen am Ende der Sowjetära, auch

für seine Erkenntnisse über diesen Zeitraum.

3 Anatol Lieven, *Ukraine and Russia: A Fraternal Rivalry*, Washington DC 1999, S. 27.

4 Ebd., S. 50.

5 Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Weltbank, »BIP (konstant 2015 US\$)-Ukraine«.

wenn diese in der Praxis von einem Teil der ehemaligen Nomenklatura angeführt wurden. Das Referendum über die Unabhängigkeit im Dezember 1991 ergab ein Ja-Stimmenanteil von 91 Prozent.<sup>6</sup> Dieses überwältigende Mandat war jedoch auch von der Aussicht auf größeren Wohlstand abhängig, und als dieser ausblieb, wuchs die Unzufriedenheit mit Präsident Leonid Krawtschuk. 1994 gewann Leonid Kutschma – ein russischsprachiger Bürger aus Tschernihiw, der sich später in Dnipropetrowsk niederließ – die Präsidentschaft, indem er im Wahlkampf mit besseren Beziehungen zu Russland und Versprechungen zur Dezentralisierung warb. Sein Sieg war jedoch knapp – 52 Prozent gegenüber 45 Prozent für Krawtschuk – und hinter den nationalen Ergebnissen verbargen sich tiefgreifende regionale Ungleichgewichte: Der aus Riwna stammende Krawtschuk hatte in einigen westlichen Provinzen mehr als 90 Prozent der Stimmen erhalten, während Kutschma diese Zahlen im Osten und Süden fast umkehrte; das Zentrum war gespalten.<sup>7</sup> Nach der Wahl wurde die Dezentralisierung fallen gelassen, und während die institutionelle Dynamik der »Ukrainisierung« ins Stocken geriet, legte Kutschma Wert darauf, selbst Ukrainisch zu lernen.

Kutschmas zehnjährige Amtszeit von 1994 bis 2005 brachte ein strategisches Gleichgewicht, das die internen Disparitäten des Landes sowohl widerspiegelte als auch verfestigte. Orest Subtelny drückte es so aus: »Da sich die verschiedenen politischen Kräfte des Landes nicht auf eine geopolitische Ausrichtung einigen konnten, akzeptierten alle, dass Neutralität vorerst die beste Option war«, indem sie den »Nicht-Block-Status« der Ukraine gesetzlich

festschrieben und eine »multivektorale Außenpolitik« verfolgten.<sup>8</sup> Einerseits schloss Kutschma mehrere wichtige Verträge mit Jelzin, darunter ein entscheidendes Abkommen von 1997, das die Souveränität der Ukraine garantierte und eine Aufteilung der Schwarzmeerflotte vorsah. In den Jahren 2000 und 2001 schloss er mit Putin Verträge über Gaspipelines ab, die unter anderem einer Handvoll oligarchischer Clans zugute kamen und eine Schicht von Tycoons schufen, die ein materielles Interesse an besseren Beziehungen zu Russland hatten.<sup>9</sup> Andererseits unternahm Kutschma auch viele Annäherungsversuche an den Westen, indem er auf engere wirtschaftliche Beziehungen zur EU hinzielte und eine Zusammenarbeit mit der NATO anstrebte.<sup>10</sup> Kutschma war es auch, der 1.700 ukrainische Soldaten entsandte, um an der »Stabilisierung« des Irak nach der Invasion im Jahr 2003 teilzunehmen.<sup>11</sup>

Dieser Balanceakt war nicht nur eine Frage kurzfristiger politischer Opportunität, sondern wurzelte letztlich in den geopolitischen und wirtschaftlichen Dilemmata, mit denen die postsowjetische Ukraine konfrontiert war: Sollte sie eine Integration in den Westen anstreben, auf die Gefahr hin, halbwegs dauerhaft zu einem peripheren Land degradiert zu werden, oder sollte sie ihre Beziehungen zu Russland wiederherstellen, um den Preis einer verminderten Souveränität oder sogar der Wiedereingliederung in eine erneuerte UdSSR? Die ambivalente Haltung der Ukraine gegenüber der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die 1991 gemeinsam von Jelzin, Krawtschuk und Stanislaw Schuschkewitsch aus Weißrussland ins Leben gerufen wurde, beruhte größtenteils auf der Furcht vor dem zweiten dieser Szenarien.

6 Abbildung aus Ella Zadorozhniuk und Dmitri Furman, »Ukrainskie regiony i ukrainskaia politika«, in Furman, Hrsg., *Ukraina i Rossiia: obshchestva i gosudarstva*, Moskau 1997, S. 104 Tabelle V.

7 Zahlen aus Zadorozhniuk und Furman, »Ukrainskie regiony i ukrainskaia politika«, S. 117, Tabelle VIII.

8 Subtelny, *Ukraine*, S. 598.

9 Yuliya Yurchenko, *Ukraine and the Empire of Capital*, London 2018, S. 75–8.

10 Dazu gehörte auch eine höchst provokative gemeinsame Übung mit den US-Streitkräften vor der Küste der Krim im Jahr 1997, die zu Anti-NATO-Protesten auf der Halbinsel führte: Lieven, *Ukraine und Russland*, S. 120.

11 »Kutschma fordert das Parlament auf, Truppen in den Irak zu schicken«, *Kyiv Post*, 3. Juni 2003.

Die Befürchtungen hinsichtlich des ersten Szenarios waren der Grund für Kutschmas Interesse an der Wiederbelebung des ukrainischen verarbeitenden Gewerbes mit hoher Wertschöpfung, um sich zu besseren Bedingungen in die Weltwirtschaft zu integrieren und eine starke nationale Kapitalistenklasse zu schaffen. Während die erste Komponente dieses Projekts durch das anhaltende wirtschaftliche Desaster vereitelt wurde, wurde die zweite in der pervertierten Form oligarchischer Clans verwirklicht, die in den frühen 2000er Jahren die staatlich designierten Empfänger einer Privatisierungsbönanza waren.<sup>12</sup>

Dennoch haben sich die Handelsstrukturen der Ukraine nach 1991 rasch diversifiziert. Während 1995 noch 53 Prozent der ukrainischen Exporte nach Russland gingen, waren es 2009 nur noch 25 Prozent. Umgekehrt sank der Anteil Russlands an den ukrainischen Importen im selben Zeitraum von 43 Prozent auf nur noch 20 Prozent.<sup>13</sup> Ein Teil des Rückstands wurde von den EU-Ländern aufgeholt: 1996 entfielen auf sie nur 11 Prozent der ukrainischen Exporte, 2009 war ihr Anteil auf 24 Prozent gestiegen.<sup>14</sup> Diese Verschiebungen sind ein Beispiel für eine breitere zentrifugale Tendenz unter den ehemaligen Sowjetstaaten, von denen jeder neue Handelsbeziehungen aufbaute, in vielen Fällen praktisch von Grund auf, und dementsprechend ihre wirtschaftliche Verflechtung mit Russland lockerte, ohne sie jedoch vollständig zu lösen. Die zugrunde liegende Dynamik des schwindenden russischen wirtschaftlichen Einflusses war jedoch eindeutig.

## Expansion der NATO

Der jähe Zusammenbruch Russlands als Großmacht in den 1990er Jahren war nicht nur die Ursache für die soziale und wirtschaftliche Katastrophe im eigenen Land. Er war auch die Voraussetzung für eine umfassende strategische Neuausrichtung Osteuropas. Die Auflösung des Warschauer Paktes ging nicht, wie die sowjetische Führung naiv gehofft hatte, mit einer symmetrischen Auflösung der NATO einher.<sup>15</sup> Im Gegenteil, der Rückzug der sowjetischen Militärmacht bot eine Chance, die sich Washington nicht entgehen lassen wollte. Als die USA damit drohten, den Prozess der deutschen Wiedervereinigung zu torpedieren, wenn er nicht im Rahmen der NATO stattfände, bestanden die Sowjets nicht auf ihrer Neutralität.<sup>16</sup> Nachdem sich die Sowjetunion zurückgezogen hatte und die einzige Supermacht das Kommando übernommen hatte, drängten die osteuropäischen Staats- und Regierungschefs rasch auf einen NATO-Beitritt, den die Visegrád-Gruppe – die Tschechische Republik, Ungarn und Polen – 1992 gemeinsam zu ihrem Ziel erklärte. 1994 verkündete Clinton bei einem Besuch in Polen, dass die Aufnahme neuer Mitglieder in das Bündnis »nicht mehr eine Frage des Ob, sondern des Wann und des Wie« sei.<sup>17</sup> Die wenigen Stimmen, die sich in Washington gegen eine NATO-Erweiterung aussprachen – darunter George Kennan, der Architekt der Eindämmung –, wurden ignoriert, und ihre Bedenken hinsichtlich einer Provokation Russlands und des Zögerns der

12 Marko Bojcun, *Auf dem Weg zu einer politischen Ökonomie der Ukraine: Ausgewählte Aufsätze, 1990–2015*, Stuttgart 2020, S. 211; und Yurchenko, *Ukraine and the Empire of Capital*, S. 83–6.

13 Sergei Kulik et al, *Ekonomicheskije interesy i zadachi Rossii v SNG*, Moskau 2010, S. 97, Prilozhenie 11.

14 Zahlen aus dem *Harvard Atlas of Economic Complexity*.

15 »Lösen wir sowohl die NATO als auch den Warschauer Pakt auf. Lassen wir Ihre und unsere Verbündeten frei«, schlug der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse im September 1989 dem US-Außenminister James Baker vor: zitiert in M. E. Sarotte, *Not One Inch: America, Russia and the Making of Post-Cold War Stalemate*, New Haven 2021, S. 29.

16 Sarotte, *Not One Inch*, Kap. 2 und 3.

17 Sarotte, *Not One Inch*, S. 191; siehe auch James Goldgeier, *Not Whether But When: The US Decision to Enlarge NATO*, Washington DC 1999.

NATO-Verbündeten der USA wurden abgetan. Militärische Erwägungen wurden mit der Begründung beiseite geschoben, dass »die Möglichkeit, dass Polen oder die Tschechische Republik tatsächlich verteidigt werden müssten, unwahrscheinlich schien«<sup>18</sup>. Tatsächlich konnte die NATO-Erweiterung vor allem deshalb so schnell vorankommen, weil Russland keine Bedrohung darstellte. Diese Dynamik hielt bis in die 2000er Jahre an: Nach dem Beitritt der Visegrád-Gruppe im Jahr 1999 traten 2004 sieben weitere Staaten – die baltischen Staaten sowie Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien – der NATO bei, gefolgt 2009 von Albanien und Kroatien.

Während die Erweiterung im Wesentlichen auf der Schwäche Russlands beruhte, bedurfte es anfangs auch eines Schildes der Zweideutigkeit, um den Schlag gegen Moskau abzumildern und insbesondere Jelzins Wiederwahlkampagne von 1996 nicht zu gefährden. Die USA verfolgten eine zweigleisige Politik, bei der die russische Zusammenarbeit mit der NATO gefördert, die Bestrebungen nach einer tatsächlichen Mitgliedschaft jedoch zurückgestellt wurden. Für russische Strategen stellte sich jedoch die Frage nach dem eigentlichen Zweck der NATO: Wenn sich das Bündnis nicht gegen Russland richtete, warum sollte Russland dann nicht beitreten? Das Bestreben selbst ergab sich aus der in der damaligen Außenpolitik vorherrschenden »Verwestlichung«, die eine engere Integration mit dem Westen und die Schaffung einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur anstrebte, »von Vancouver bis Wladiwostok«, wie es der amerikanische und der deutsche Außenminister 1991 formulierten und die von ihrem russischen Amtskollegen Andrej Kosyrew aufgegriffen wurde.<sup>19</sup> Diese Linie setzte sich

bis weit in Putins Regierungszeit hinein fort. 2000 schlug er sogar die Mitgliedschaft Russlands in der NATO vor und bekräftigte, dass Russland »Teil der europäischen Kultur« sei.<sup>20</sup> Die Zustimmung des Westens zu seinem Krieg gegen Tschetschenien im Jahr 1999 fand ihre Entsprechung in der russischen Unterstützung für Bushs »Krieg gegen den Terror« nach dem 11. September. Doch die russischen Hoffnungen auf eine vertiefte Partnerschaft, geschweige denn auf eine Neugestaltung der globalen Sicherheitsarchitektur, wurden enttäuscht. In der zweiten Hälfte der 2000er Jahre mehrten sich die Anzeichen dafür, dass die Interessen Russlands und des Westens grundsätzlich unvereinbar waren – und die Ereignisse in der Ukraine sollten eine zentrale Rolle dabei spielen, diese Unvereinbarkeit sowohl aufzudecken als auch zu vertiefen.

### Westorientierung nach der »orangenen Revolution«

Die »Orangene Revolution« von 2004/05, bei der Volksproteste den pro-westlichen Viktor Juschtschenko anstelle des von Russland unterstützten Viktor Janukowitsch an die Macht brachten, brachte das Land auf einen politischen Weg, der sich nun entscheidend von dem der meisten postsowjetischen Länder unterschied. Dmitri Furman stellte eine Familienähnlichkeit zwischen den Regimen fest, die in den frühen 1990er Jahren an die Macht kamen, und bezeichnete sie als »Imitationsdemokratien«<sup>21</sup>. Der Begriff bezog sich auf eine Kluft zwischen demokratischer Form und antidemokratischem Inhalt, eine Fassade aus Wahlen, die die fortgesetzte Machtausübung einer einzigen »Machtpartei« verdeckt. Doch

18 Goldgeier, Nicht das Ob, sondern das Wann, S. 142.

19 Sarotte, Nicht einen Zentimeter, S. 128.

20 »Putin sagt ›Warum nicht?‹ zum NATO-Beitritt Russlands«, Washington Post, 6. März 2000.

21 Dmitri Furman, Dvizhenie po spirali: politicheskaia sistema Rossii v riadu drugikh sistem, Moskau 2010; englische Übersetzung demnächst bei Verso als Imitation Democracy: The Development of Russia's Post-Soviet Political System.

während die Ukraine in den 1990er Jahren diesem Muster entsprach – auch Kutschma, wie Jelzin und Kasachstans Nasarabajew, stürzte sein Parlament und konnte eine neue Verfassung durchsetzen –, machte ihre innere Heterogenität die Aufrechterhaltung einer ungeteilten Herrscherclique unmöglich. Das politische Leben war vielfältiger und umkämpfter als in den meisten anderen Teilen der ehemaligen UdSSR; die Ukraine erlebte auch eine polyzentrischere Version der oligarchischen Bereicherung, die in Russland stattgefunden hatte, was zu Konflikten zwischen den Clans mit regionalen Untertönen führte, die sich leicht auf die politische Sphäre übertragen ließen.<sup>22</sup> Die Dreierivalität zwischen Juschtschenko, Janukowitsch und Julia Timoschenko – aus Sumy, der Provinz Donezk bzw. Dnipropetrowsk –, die sich in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre entfaltete, dämpfte die anfängliche Euphorie der Orangen Revolution schnell. Doch abgesehen von den oligarchischen Intrigen wurde ein echter politischer Wettbewerb zur Norm des zivilen Lebens, wie es ihn in Russland einfach nicht gab. Dadurch entstanden Räume, in denen Massenmobilisierungen in Krisenmomenten das Gleichgewicht kippen konnten – ohne jedoch die allgemeinen Parameter der postsowjetischen politischen Wirtschaft der Ukraine grundlegend zu verändern.

Juschtschenkos Sieg brachte auch eine Verschärfung des Kampfes zwischen westlichen und russischen Interessen in der Ukraine mit sich, die mit einer Verschärfung der internen politischen Differenzen in der Ukraine einherging. Juschtschenko wandte sich von Kutschmas Strategie ab, zwischen Russland und dem Westen zu navigieren, und vollzog einen Schwenk nach Westen, sowohl wirtschaftlich als auch geopolitisch. Im Jahr 2008 nahm die

ukrainische Regierung Gespräche mit der EU über ein Assoziierungsabkommen auf und trat 2009 der Östlichen Partnerschaft der EU bei. Juschtschenko, der fest auf wirtschaftliche Beziehungen zum Westen setzte, liberalisierte die ukrainischen Finanzmärkte und leitete einen Zustrom ausländischer Investitionen ein, der von 1,7 Mrd. USD im Jahr 2004 auf 10,2 Mrd. USD im Jahr 2007 anstieg (obwohl dies im regionalen Vergleich immer noch bescheiden war: Die entsprechende Zahl für Polen lag 2007 bei 25 Mrd. USD). Doch anstatt die ukrainischen Industrieanlagen zu beleben, floss ein Großteil der Investitionen in den Finanz- und Immobiliensektor. Der Anteil ausländischen Kapitals im ukrainischen Bankensektor stieg von 13 Prozent im Jahr 2004 auf über 50 Prozent im Jahr 2009; drei Fünftel dieses Anteils entfielen auf Beteiligungen aus sechs EU-Ländern, ein weiteres Fünftel auf russische Finanzinstitute.<sup>23</sup>

Während das BIP-Wachstum zwischen 2004 und 2008 im Durchschnitt mehr als 6 Prozent betrug, waren die Früchte in sozialer und geografischer Hinsicht ungleich verteilt. Die westlichen Provinzen, die als Teil Österreich-Ungarns und Polens historisch verarmt waren, hinkten weiterhin am weitesten hinterher: Das Gewicht der Landwirtschaft in ihrer Wirtschaft und die Arbeitslosenzahlen ließen sie schlechter dastehen als das Zentrum und den Osten, wobei letztere von der Nachfrage nach Kohle, Koks und Stahl profitierten.<sup>24</sup> Ihre anhaltende Misere war eine der Voraussetzungen für die nationalistischen Mobilisierungen des Jahres 2014; die pro-EU-Stimmung wurde in vielen Fällen durch den frustrierten Wunsch nach besseren Chancen untermauert, die selbst die unteren Ränge der EU-Arbeitsmärkte boten. Doch während die pro-westliche Ausrichtung

22 Bojcun, *Towards a Political Economy of Ukraine*, S. 137–8.

23 Zahlen aus den Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Weltbank, »Foreign direct investment, net inflows (BoP, current US\$)«; und Bojcun, *Towards a Political Economy of Ukraine*, S. 200–1.

24 Bojcun, *Towards a Political Economy of Ukraine*, S. 201; Volodymyr Ishchenko, »Ukraine's Fractures«, NLR 87, Mai–Juni 2014.



der Regierung sicherlich von einem großen Teil der Bevölkerung geteilt wurde, blieben die östlichen Provinzen sowohl wirtschaftlich als auch kulturell eng mit Russland verbunden. Sie blieben eine ausreichend starke Basis für Janukowitsch, um 2010 erfolgreich um die Macht zu kämpfen – eine Erinnerung daran, dass die Wahl der Ukraine zwischen den rivalisierenden Blöcken in Ost und West noch nicht endgültig entschieden war und dass die Wahl selbst ein spaltender Faktor in der ukrainischen Innenpolitik war.

### Der NATO-Gipfel 2008 – ein Wendepunkt

Neben den Bemühungen um eine engere Integration in die EU verstärkte Juschtschenko die Bemühungen der Ukraine um eine vollständige NATO-Mitgliedschaft. Zu diesem Zeitpunkt gab es kein Mandat der Bevölkerung für einen solchen Kurs, und die ukrainische Verfassung verbot ausländische Militärstützpunkte.<sup>25</sup> Aber das Bestreben der ukrainischen Regierung wurde auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 zusammen mit dem Georgiens gebilligt. Im offiziellen Kommuniqué hieß es, dass »diese Länder Mitglieder der NATO werden.«<sup>26</sup> Angesichts der Einwände Putins gegen eine ukrainische oder georgische Mitgliedschaft wurde jedoch kein ausdrücklicher Zeitplan für den Prozess festgelegt. Dies war ein entscheidender Wendepunkt, an dem die historisch gesehen schuldhafte Rolle der USA bei der Förderung der NATO-Erweiterung hervorgehoben werden muss. Die Bush-Regierung war sich der russischen Bedenken hinreichend bewusst, so dass sie sich zurückhielt und der Ukraine und Georgien keinen sofortigen Beitritt anbot, sondern sich über die Bedenken Frankreichs und Deutschlands hinwegsetzte und darauf bestand, dass der Prozess dennoch

vorankommen würde. Dadurch wurden die beiden Beitrittskandidaten in einem Wartesaal ohne die vermeintlichen Vorteile einer Mitgliedschaft zurückgelassen, während die russischen Bedenken weiter zunahmen. Dieser von Washington aus der sicheren Entfernung von 5.000 Meilen verordnete politische Kurs brachte die Bevölkerung Georgiens und der Ukraine wissentlich in Gefahr – ein beschämendes strategisches Kalkül, für das bisher nur Nicht-NATO-Mitglieder den Preis zahlen mussten.

Die NATO mag davon ausgegangen sein, dass Russland die nächste Erweiterungsrunde ebenso einfach schlucken würde wie die vorangegangenen. Die vorübergehende Ohnmacht Russlands gegenüber dem Wachstum des Bündnisses in den 90er Jahren war jedoch nicht gleichbedeutend mit einer dauerhaften Duldung, und die NATO-Planer sahen sicherlich voraus, dass es früher oder später zu einer Reaktion irgendeiner Art kommen würde. Sie kam kaum vier Monate nach der Bukarester Tagung in Form des russisch-georgischen Krieges. Obwohl er nur wenige Tage dauerte, gab der Krieg im August 2008 ein Muster vor, dem die Ukraine 2014 folgen sollte. Die Intervention Russlands, die vom Kreml mit einer humanitären »Schutzverantwortung« gerechtfertigt wurde – und damit die frühere westliche Rhetorik in ihr Gegenteil verkehrte –, verfestigte die internen Spaltungen zu »eingefrorenen« separatistischen Konflikten, die eindeutig als Hindernis für eine Vollmitgliedschaft in der NATO dienen sollten. Gleichzeitig machte der russisch-georgische Krieg deutlich, dass es dem Kreml an anderen Überzeugungsmitteln als der Gewalt mangelte, die in der Folgezeit immer mehr zu einem Instrument der Außenpolitik unter anderen wurde – eine gefährliche Herabsetzung der Schwelle für den Einsatz militärischer Macht. Doch während sich die Haltung

25 Rajan Menon und Eugene Rumer, *Conflict in Ukraine: The Unwinding of the Post-Cold War Order*, Cambridge MA 2015, S. 39.

26 »Gipfelerklärung von Bukarest«, 3. April 2008.

Russlands sichtlich geändert hatte, blieben die allgemeinen Parameter der US-Politik unverändert, so dass weitere Zusammenstöße nahezu unvermeidlich waren.

## Die Maidan-Proteste – alles andere als ein nationales Ereignis

Die Maidan-Proteste von 2013/14 und ihre Folgen kristallisierten eine starke Polarisierung innerhalb der ukrainischen Politik heraus, in der externe wirtschaftliche und geopolitische Kräfte als krasse binäre Entscheidungen existenzieller Art erschienen: der Westen oder Russland, die NATO oder Putin, die EU gegen die von Russland geführte Eurasische Union, sogar Zivilisation oder Barbarei. Diese Gegensätze überlagerten sich mit der unausgewogenen politischen, sozialen und demografischen Landkarte des Landes inmitten einer wirtschaftlichen Stagnation. Nach einem drastischen Rückgang bei Ausbruch der Weltwirtschaftskrise – das BIP schrumpfte 2009 um 15 Prozent – und einem kurzen Aufschwung stagnierte das Wachstum bis 2013. Die wirtschaftlichen Frustrationen wurden durch die Korruption und den autoritären Tenor von Janukowitschs Herrschaft noch verschärft. Der ehemalige Gouverneur von Donezk und der ihm nahestehende Clan neigten eindeutig dazu, russische materielle Interessen zu begünstigen – und natürlich persönlich davon zu profitieren –, aber die Verhandlungen mit der EU über ein Assoziierungsabkommen wurden unter Janukowitsch beschleunigt, wodurch die Westwärtsdynamik des Landes aufrechterhalten wurde. Es war jedoch auch klar, dass die Bedingungen des Assoziierungsabkommens vielen ukrainischen Industrien großen Schaden zufügen würden, und selbst einige Oligarchen hatten Vorbehalte, insbesondere wegen der Unvereinbarkeit einer engeren Verflechtung mit der EU und des fortgesetzten Handels mit Russland.<sup>27</sup>

Es war Janukowitschs Kehrtwende bei der Unterzeichnung des Abkommens im Dezember 2013, gefolgt von der harten Unterdrückung der ersten Euromaidan-Proteste, die eine breitere Revolte auslöste, die im folgenden Februar zu seinem Sturz führte. Der Maidan legte viele der Funktionsstörungen des vorherigen Systems offen und zeigte gleichzeitig, wie brüchig die Unterstützung für pro-russische Politiker war. Da Janukowitsch und seinesgleichen in hohem Maße diskreditiert waren, wurde die politische Bühne bald von pro-westlichen Persönlichkeiten beherrscht, die sich um die Zustimmung des Maidan bemühten. Doch der scheinbare Konsens, der sich in den Straßen von Kiew abzeichnete, war bei weitem kein landesweites Phänomen, und die politischen Entwicklungen in der Hauptstadt führten zu einem Bruch mit dem russischsprachigen Osten, den der Kreml durch die Annexion der Krim und die Bewaffnung der Separatisten im Donbass eifrig vertiefte. Diese Maßnahmen trugen wesentlich dazu bei, die seit langem bestehenden Behauptungen ukrainischer Nationalisten zu bestätigen, dass Russland eine Bedrohung für die territoriale Integrität ihres Landes darstelle. Der Krieg im Donbass und die Annexion der Krim trugen letztlich zu genau dem Ergebnis bei, das sie eigentlich verhindern sollten: die Konsolidierung einer fest pro-westlichen Ukraine mit wachsenden Bindungen an die EU und die NATO.

## Russischer Nationalismus

Die Ukraine-Krise von 2013/14 stellte auch für Russland einen Wendepunkt dar, sowohl in Bezug auf seine Innenpolitik als auch auf seine internationale Ausrichtung. Nach außen hin bedeutete sie zweifellos eine geopolitische Niederlage für den Kreml, da sie die pro-westliche Ausrichtung der Ukraine zementierte und die Feindseligkeiten mit den USA und Europa verschärfte. Intern jedoch wurde die Annexion der

Krim vom Kreml als Triumph gefeiert, da damit ein Gebiet in den nationalen Schoß zurückkehrte, das er als »untrennbaren Teil Russlands« betrachtete, wie Putin es in seiner Rede vom März 2014 nannte, in der er die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation ankündigte.<sup>28</sup> Die Annexion war damals weithin populär und führte zu einem »Krim-Konsens«, der es Putin ermöglichte, die anschließende Konfrontation mit dem Westen zu überstehen, wobei das Sanktionsregime lediglich als eine weitere Facette eines umfassenderen westlichen Angriffs auf Russland dargestellt wurde. Die erfolgreiche Etablierung dieses Konsenses wies jedoch auf eine weitere entscheidende Entwicklung hin: die neue Bedeutung des russischen Großmachtnationalismus in der offiziellen Ideologie und Praxis.

Über weite Strecken der 1990er Jahre war der russische Nationalismus der Hund, der nicht bellte, und widerlegte die Vorhersagen, dass aus den Demütigungen des Zusammenbruchs der UdSSR eine revanchistische Politik entstehen würde. Dies lag zum Teil an der Verwirrung auf staatlicher Ebene und an der tiefgreifenden Anomie in der Gesellschaft, die den Erfolg umfassender nationalistischer Mobilisierungen ebenso unwahrscheinlich machte wie jede andere Form der Massenpolitik. Ein weiterer Grund für die anfängliche Schwäche des russischen Nationalismus lag jedoch in Russlands Status als multinationale Föderation, in der Russen laut der ersten postsovjjetischen Volkszählung von 2002 die große Mehrheit bildeten – neben zahlreichen anderen ethnischen Gruppen, von denen viele die »Titularnationalitäten« autonomer Republiken oder Regionen waren. In einer solchen Struktur wäre ein offenkundig ethnisierte russischer Nationalismus destabilisierend. Daher werden für ethnische Russen – Russkije – und Bürger der Russischen Föderation – Rossijanin –

unterschiedliche Begriffe verwendet, wobei in offiziellen Erklärungen in der Regel vorsichtig mit letzteren umgegangen wird. Putins Kolonialkrieg in Tschetschenien wurde nicht im Namen einer ethnisch-russischen Vorherrschaft geführt, sondern im Namen der »Terrorismusbekämpfung«, eines Sammelbegriffs, der bald für eine umfassendere Aufstandsbekämpfung im gesamten muslimischen Nordkaukasus verwendet wurde, der aber nie in explizit nationale Begriffe übersetzt wurde.

Ab 2012 und mit Putins Rückkehr ins Präsidentenamt traten in den Verlautbarungen des Kremls jedoch zunehmend Elemente nationalistischen Denkens in den Vordergrund, die sich in »zivilisatorischen« Begriffen ausdrückten, die Russland eine führende Rolle bei der Verteidigung »traditioneller Werte« gegen einen liberalen Ansturm zusprachen.<sup>29</sup> Das harte Durchgreifen gegen abweichende Meinungen nach den Protesten von 2011/12 nahm oft die Form eines internen Kulturkriegs gegen antinationale Elemente an. Es war auch ein verwundeter russischer Nationalismus, der in der Ukraine-Krise 2013/14 mobilisiert wurde, um die russische Intervention auf der Seite der russischsprachigen Bevölkerung im Donbass zu rechtfertigen. Die damit verbundene Verquickung von Sprache und staatsbürgerlicher Zugehörigkeit deutet entweder auf eine bewusste Instrumentalisierung oder auf ein tiefgreifendes Missverständnis hin: Viele der russischsprachigen Ukrainer betrachteten sich als Ukrainer, die zufällig Russisch sprachen, und nicht als essenzielle, aber irgendwie fehlplatzierte Russen. Der Donbass-Krieg eröffnete auch eine Reihe beunruhigender Möglichkeiten: Wenn Russland bereit war, die Grenzen der Ukraine im Namen der Verteidigung der »Russen« in Frage zu stellen, welche anderen Grenzen könnten dann noch revidiert werden, und auf welcher Grundlage?

28 »Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation«, 18. März 2014.

29 Siehe Ilya Budraitskis, »Putin Lives in the World that Huntington Built«, in *Dissidents among Dissidents*, London und New York 2022, S. 7–11.

Der neue Stellenwert nationalistischer Motive in der Sichtweise des Kremls deutete auf eine umfassendere Veränderung hin, die durch die Ukraine-Krise 2013/14 sowohl deutlich wurde als auch sich verschärfte: eine Entkopplung der wirtschaftlichen und territorialen Logik der russischen Macht.<sup>30</sup> In den Jahren des Rohstoffbooms der 2000er Jahre waren Russlands geopolitische Prioritäten und die Interessen seiner Kapitalisten weitgehend deckungsgleich, wobei die Machtprojektion im »nahen Ausland« mit dem Investitionsstreben russischer Unternehmen in Übersee vereinbar war. Symptomatisch für diese enge Überschneidung war ein Manifest von Anatoli Tschubais, dem Orchestrator von Jelzins Privatisierung, aus dem Jahr 2003, in dem er Russland aufforderte, ein »liberales Imperium« als »einzige, einzigartige und natürliche« Macht in den ehemaligen Sowjetländern zu schmieden. In der Ukraine waren diese beiden Logiken in einem ungewöhnlichen Ausmaß miteinander verwoben, vor allem aufgrund der Rolle ihrer Pipelines für den Transport von russischem Gas zu den europäischen Märkten. Nach 2014 wurden die beiden Logiken jedoch getrennt: Der Donbass-Krieg führte zur physischen Zerstörung vieler Industrieanlagen in russischem Besitz, während die Krim-Annexion zu westlichen Sanktionen führte, die sowohl Investitionen nach innen als auch nach außen behinderten. Die Tatsache, dass der Kreml diese Sanktionen für erträglich hielt, zeigt, dass sich das Wesen der russischen Macht grundlegend verändert hat.

## Stärkung rechtsnationalistischer Bewegungen

Die Maidan-Protteste waren ein Symptom einer seit langem andauernden Krise der politischen Repräsentation in der Ukraine – eine Krise, die allen postsowjetischen Staaten gemein ist, die aber im Fall der Ukraine durch die internen Auswirkungen des Status des Landes als geopolitisches Objekt externer Auseinandersetzungen eine besonders polarisierende Wendung erfuhr.<sup>31</sup> Der Verlauf der ukrainischen Politik nach dem Maidan war jedoch weit davon entfernt, diese Krise zu lösen, sondern hat sie nur noch vertieft, und die internen Gräben des Landes haben sich noch weiter vertieft, während die Regierungen des Landes die parallele geopolitische und geoökonomische Integration des Landes mit Washington und Brüssel verstärkten.

Der 2014 gewählte Petro Poroschenko unterzeichnete ein tiefgreifendes und umfassendes Freihandelsabkommen mit der EU, das 2016 in Kraft trat, während die USA einen massiven Zustrom von Hilfgeldern freisetzen, etwa 4 Milliarden Dollar zwischen 2014 und 2021, davon etwa 2,5 Milliarden Dollar Militärhilfe.<sup>32</sup> US-Diplomaten waren eng in die Verhandlungen über die ersten Übergangsregierungen nach dem Maidan involviert und arbeiteten danach eng mit dem ukrainischen Militär und Geheimdienstapparat zusammen. Angesichts des rapide schrumpfenden BIP und der zunehmenden Verschuldung des Landes begann Poroschenko außerdem mit einer drastischen neoliberalen Umstrukturierung durch vom IWF empfohlene Sparmaßnahmen – »es wäre traurig, diese Krise zu vergeuden«, wie sein in Litauen geborener Minister für Wirt-

30 Meine Analyse stützt sich hier auf Ilja Matwejew, »Between Political and Economic Imperialism: Russia's Shifting Global Strategy«, *Journal of Labour and Society*, 2021.

31 Hier stütze ich mich auf Volodymyr Ishchenko und Oleg Zhuravlevs Analyse des Maidan und seiner Folgen als »defizitäre Revolution«: »How Maidan Revolutions Reproduce and Intensify the Post-Soviet Crisis of Political Representation«, PONARS Eurasia Policy Memo No. 714, Oktober 2021.

32 Congressional Research Service, »Ukraine: Background, Conflict with Russia, and US Policy«, 5. Oktober 2021, S. 33; und 2014–21 Daten von ForeignAssistance.gov.

schaft und Handel, Aivaras Abromavičius, es ausdrückte.<sup>33</sup>

Doch während die Post-Maidan-Ordnung in dieser Hinsicht eine Intensivierung bereits bestehender Dynamiken mit sich brachte, stellte sie in anderen Bereichen einen klaren Bruch mit dem dar, was vorher war. Eines der charakteristischen Merkmale des politischen Lebens nach dem Maidan war das plötzliche Erstarken der rechtsnationalen Bewegungen. Nachdem sie bereits auf dem Maidan die wichtigste organisierte Kraft waren, verfügten sie auch nach dem Maidan über eine weitaus größere Mobilisierungskraft als jede andere Strömung. Die pro-westlichen Liberalen waren zwar in politischen Kreisen und NROs fest verankert, hatten aber kein solches zahlenmäßiges Gewicht. Die Schwäche der letzteren wurde durch das Fehlen einer institutionalisierten politischen und ideologischen Grenze zwischen dem liberalen Flügel der Zivilgesellschaft und der extremen Rechten verstärkt, wie Wolodymyr Ischtschenko es ausdrückt.<sup>34</sup> Dies ermöglichte es der Rechten, ein Maß an ideologischem Einfluss und institutionellem Einfluss zu erlangen, das in keinem Verhältnis zu ihren tatsächlichen Zahlen und vor allem zu ihren Wahlergebnissen stand: Während Parteien wie Swoboda an den Wahlurnen einbrachen, wurden rechtsextreme Parolen im öffentlichen Diskurs normalisiert und rechtsextreme paramilitärische Formationen wurden während der siebenjährigen Amtszeit von Innenminister Arsen Awakow (2014–21) in den staatlichen Sicherheitsapparat integriert. Es ist dieser Kontrast zwischen begrenzter Wahlreichweite und umfassender staatlicher Unterstützung sowie ihr Zugang zu tatsächlichen Waffen, der die ukrainische

Rechte von aufkommenden neofaschistischen Tendenzen in anderen Ländern abgrenzt.

Im Kontext des anhaltenden Donbass-Krieges fand die Darstellung der nationalistischen Rechten, die Ukraine sei einem ständigen Angriff durch den verfeindeten Nachbarn ausgesetzt, einen offensichtlichen Widerhall. Der Konflikt im Donbass führte in den ersten sechs Monaten zu einer Flut von Todesopfern und Massenvertreibungen – bis Oktober 2014 waren auf beiden Seiten etwa 4 000 Tote zu beklagen, eine halbe Million Menschen wurden als Binnenvertriebene in der Ukraine registriert und Zehntausende flohen nach Russland – und forderte auch danach immer wieder Opfer.<sup>35</sup> Bis Mai 2018 belief sich die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung auf etwa 3.000 Tote und mindestens 7.000 Verletzte, wobei verlässliche Zahlen schwer zu bekommen sind; nach einer Schätzung entfielen etwa zwei Drittel der Opfer auf die dichter besiedelten, von den Separatisten gehaltenen Gebiete.<sup>36</sup>

Der im Februar 2015 in Minsk vereinbarte Waffenstillstand war bestenfalls fiktiv und wurde von einem neu erstarkten Nationalismus, der jede Vereinbarung mit Russland bestenfalls als unerträgliche Zumutung, schlimmstenfalls als Verrat ansah, zutiefst missbilligt. In entscheidenden Momenten mobilisierte sich ein bedeutender Teil der öffentlichen Meinung, der von den Liberalen bis zur extremen Rechten reichte, um Schritte zu blockieren, die als Zugeständnisse an Russland gewertet wurden. Diese Dynamik erklärt zum Teil, warum die im Zweiten Minsker Protokoll von 2015 vorgesehenen Verfassungsänderungen – Dezentralisierung der Macht und Sonderstatus für die Provinzen Donezk und Luhansk – weder unter

33 »The American Woman Who Stands between Putin and Ukraine«, Bloomberg Businessweek, 5. März 2015.

34 Siehe das Interview mit Volodymyr Ischenko, »Towards the Abyss«, in dieser Ausgabe der New Left Review.

35 International Crisis Group, »Peace in Ukraine: The Costs of War in Donbas«, Bericht Nr. 261, 3. September 2020.

36 International Crisis Group, »Nobody Wants Us: The Alienated Civilians of Eastern Ukraine«, Bericht Nr. 252, 1. Oktober 2018.

Poroschenko noch unter seinem Nachfolger Wolodymyr Selenskyj umgesetzt wurden, die beide mit großen Mandaten für den Frieden gewählt wurden.

Der Sieg von Selenskyj im Jahr 2019 ist ein Beispiel für die oben erwähnte Krise der Repräsentation. Sein überwältigender Vorsprung bei der Stichwahl im April – 73 Prozent gegenüber 24 Prozent für Poroschenko – wurde von einer Lawine in der Legislative im Juli überrollt, wo seine erst wenige Monate alte Partei »Diener des Volkes«, die nach seiner erfolgreichen Fernsehshow benannt ist, 43 Prozent der Stimmen und 254 der insgesamt 450 Sitze errang. Die Anti-Establishment-Stimmung war ein Kernelement von Selenskyjs Anziehungskraft, geboren aus der Frustration über die anhaltende wirtschaftliche Stagnation und die oligarchische Korruption. Aber auch seine Versprechen, Frieden im Donbass zu schaffen, und seine versöhnlichere Haltung gegenüber den Russischsprachigen – Poroschenko hatte die Renten gestrichen und ein Handelsverbot mit den von den Separatisten gehaltenen Gebieten verhängt sowie den Gebrauch der russischen Sprache im öffentlichen Raum eingeschränkt – waren von zentraler Bedeutung, insbesondere in den östlichen Provinzen, wo er Poroschenko in den Umfragen sogar noch übertraf.

Der Niedergang dieser Plattform nach dem Amtsantritt von Selenskyj zeugt von dem starken gemeinsamen Gewicht nationalistischer und pro-westlicher Impulse im ukrainischen politischen System. Die fehlende Abgrenzung zwischen Liberalen und Rechtsextremen machte den Vorwurf des »Ausverkaufs« an Russland zu einer besonders wirksamen Waffe in den internen politischen Auseinandersetzungen. Obwohl sie oft opportunistisch von rivalisierenden

Oligarchenclans eingesetzt wurde, hatte sie einen nationalistischen Zwangseffekt, der die Polarisierung verstärkte und den Handlungsspielraum der Regierung verkleinerte. Im Oktober 2019 kündigte Selenskyj beispielsweise an, dass seine Regierung die »Steinmeier-Formel« akzeptieren werde, das zuvor in Minsk vereinbarte technische Mittel zur Umsetzung eines Sonderstatus für die separatistischen Entitäten. Dies wurde jedoch sofort mit Protesten unter dem Slogan »Nein zur Kapitulation« und rechtsextremen Straßensperren begrüßt, um einen Rückzug an der Frontlinie zu verhindern.<sup>37</sup>

Der politische Tenor in der Ukraine schränkte die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zwar deutlich ein, verstärkte aber umgekehrt die Dynamik der strategischen Neuausrichtung des Landes nach Westen. Im Februar 2019 wurde die ukrainische Verfassung dahingehend geändert, dass der Status der Ukraine als »Nicht-Block« aufgehoben und die »Unumkehrbarkeit des europäischen und euro-atlantischen Kurses der Ukraine« bekräftigt sowie eine Verpflichtung zur künftigen NATO-Mitgliedschaft verankert wurde. Umfragen zufolge sprachen sich damals nur etwa 45 Prozent der ukrainischen Bevölkerung für einen NATO-Beitritt aus.<sup>38</sup>

Der andauernde Zustand der militarierten Krise nach 2014 war ein mächtiger Beschleuniger für die Konsolidierung eines ukrainischen nationalen Selbstbewusstseins, das sich zunehmend durch den Antagonismus mit seinem größeren Nachbarn definierte. Wie in so vielen früheren historischen Konstellationen wurden die Prozesse der ukrainischen Nationbildung und Staatsformung ab 2014 von äußeren Kräften überholt und durch den Krieg verzerrt.

37 Katharine Quinn-Judge, »Peace in Ukraine: A Promise Yet to Be Kept«, ISPI Online, 17. April 2020.

38 Die Zahl basiert auf Umfragen, die auf beiden Seiten der Verfassungsänderung durchgeführt wurden: 44 Prozent im Dezember 2018 und 49 Prozent im Mai 2019. Die Zahlen sind besonders bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass die Umfrage unter der Schirmherrschaft von USAID durchgeführt wurde: »Public Opinion Survey of Residents of Ukraine«, Center for Insights in Survey Research, 6–15 November 2021.

## Die Angriffsentscheidung des Kreml

Putins Fernsehansprache vom 21. Februar 2022, mit der die bevorstehende Invasion legitimiert werden sollte, zeigte eine charakteristische Mischung von Haltungen gegenüber der Ukraine. Jede von ihnen spielte eine Rolle bei der Entscheidung des Kremls, seinen Nachbarn anzugreifen; keine von ihnen ist auf Putin allein beschränkt. Diese in Politik und Praxis miteinander verknüpften, aber analytisch unterschiedlichen Haltungen sind in verschiedenen Denkschichten innerhalb der russischen Elite verwurzelt, und ihre plötzliche Überlagerung erklärt zum Teil die Mischung aus rationalem Kalkül und imperialer Übervorteilung, die hinter der Invasion steht.

Die eine Denkschicht ist rein geopolitisch und betrachtet die Ukraine als lebenswichtigen strategischen Stützpunkt, den keine russische Regierung freiwillig an die NATO abtreten sollte. Eine zweite Schicht, die sich sowohl auf Annahmen aus der Sowjetzeit als auch auf die Ursprünge des russischen Nationalismus stützt, hält an der Überzeugung fest, dass die Ukraine »kein richtiges Land« ist, wie Putin 2008 zu George W. Bush gesagt haben soll. Diese grundsätzliche Auffassung, dass die heutige Ukraine bestenfalls ein kontingentes historisches Konstrukt ist, wird in Russland weithin geteilt und von Persönlichkeiten von Gorbatschow bis Solschenizyn geäußert, die sich ihrerseits auf eine lange imperiale Tradition berufen.<sup>39</sup> Eine dritte Gruppe von Vorurteilen gegenüber der Ukraine ist jüngerem Datums und betrifft ihren Status als ein verwandtes, aber eigenständiges Land, das sich auf einem anderen politischen Weg als Russland befindet. Während Russland das System der »imitierten Demokratie« beibehalten hat, wurde es in der Ukraine wiederholt

durch Volksaufstände umgestürzt – der Maidan beschwört das Gespenst einer politischen Unordnung herauf, die eine direkte Bedrohung für die Herrschaft des Kremls darstellt. Viertens ist da der geoökonomische Status der Ukraine: Sie ist nicht nur Standort der Pipelines, die russisches Gas zu den wichtigsten europäischen Märkten transportieren, sondern auch der größte potenzielle Markt für jedes regionale Wirtschaftsprojekt unter russischer Führung.

Bei der Entscheidung für den Einmarsch kamen alle diese Beweggründe zusammen. In seiner Rede vom 21. Februar wiederholte Putin die bekannten Vorwürfe gegen die NATO-Erweiterung und die Doppelmoral des Westens und kritisierte den »aggressiven Nationalismus und Neonazismus« in der Ukraine nach dem Maidan, womit er ein Lieblingsthema der russischen Regierungsmedien aufgriff. Der größte Teil der Rede war jedoch einer langen Geschichtsstunde gewidmet, die den künstlichen Charakter der derzeitigen Grenzen der Ukraine beweisen sollte. Putin richtete seine Wut insbesondere gegen Lenin und die Politik der Bolschewiki in der nationalen Frage: »Warum war es notwendig, so großzügige Geschenke zu machen, die die kühnsten Träume der eifrigsten Nationalisten übertrafen?« Mit Blick auf die Gegenwart erklärte Putin, wenn die ukrainischen Nationalisten wirklich eine »Entkommunisierung« wollten – womit er sich vor allem auf die Rada-Gesetzgebung von 2015 bezog, die »kommunistische« Organisationen und Symbole verbot und eine umfassende Umbenennung von Straßen forderte –, »dann ist uns das recht«; was bedeutet, dass die Ukrainer bereit sein sollten, Gebiete zu verlieren, die die Kommunisten der Ukraine »geschenkt« hatten. Die Anerkennung der Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Luhansk war ein

39 Im Oktober 1991 erklärte Gorbatschow gegenüber George Bush, dass »die Ukraine in ihren derzeitigen Grenzen ein instabiles Konstrukt wäre, wenn sie sich abspalten würde«, und dass »sie nur deshalb entstanden ist, weil die örtlichen Bolschewiken sie irgendwann einmal so geordnet hatten, um ihre eigene Macht zu sichern«: Sarotte, Nicht einen Zentimeter, S. 127. Solschenizyn seinerseits warf den ukrainischen Nationalisten vor, dass sie »die falschen leninistischen Grenzen der Ukraine eifrig akzeptierten«: Lieven, Ukraine und Russland, S. 150.

erster Schritt in diese Richtung. Die historische Fantasie, die hier im Spiel war, bestand nicht in der Wiederherstellung der Sowjetunion und damit der Wiedereingliederung einer untergeordneten, halbsouveränen Ukraine, sondern in der Auflösung des sowjetischen Erbes und der Rückkehr zu den imperialen Grenzen, was das Schreckgespenst der Zerstückelung der Ukraine aufkommen ließ.

War dies tatsächlich von Anfang an das Ziel der russischen Politik – ein revanchistischer Neoimperialismus, der seine Peripherie unterjochen will, der eine Zeit lang hinter den Einwänden gegen die NATO-Erweiterung verborgen war, sich nun aber in der Zerstörung der Ukraine offenbart? Für viele liberale Kommentatoren war die russische Invasion der Beweis dafür, dass die NATO-Erweiterung nicht das eigentliche Problem war, sondern eher ein Alibi für Russlands Unfähigkeit, eine souveräne Ukraine zu akzeptieren, oder für seine Ablehnung der EU.<sup>40</sup> Während das Interesse des amerikanischen und europäischen Establishments daran, die NATO-Erweiterung aus dem Blickfeld zu rücken, auf der Hand liegt, haben auch einige Linke eine Version dieses Arguments aufgegriffen und sowohl sich selbst als auch ihresgleichen dafür kritisiert, dass sie die Darstellung der Rolle der NATO übernommen haben.<sup>41</sup> Andere haben darauf hingewiesen, dass dem autonomen Gewicht des Nationalismus in den Berechnungen des Kremls und seiner gefährlichen Fähigkeit, jede rationale Berücksichtigung wirtschaftlicher oder politischer Interessen in den Schatten zu stellen, sowie der aktiven Rolle Russlands bei der Ausübung neoimperialen Drucks auf seine Umgebung, anstatt lediglich auf westliche Schritte zu reagieren, nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wurde.<sup>42</sup>

Die scheinbare Dichotomie, die sich nun zwischen zwei Erklärungsschemata herausbildet – das eine betont die NATO-Erweiterung, das andere die lange verborgene Kraft des russischen Nationalismus; das eine entlastet angeblich Russland, das andere beschönigt die Rolle der NATO –, ist jedoch letztlich falsch. Es gibt keine reale Welt, in der die NATO-Erweiterung nicht stattgefunden hätte, und die Entstehung eines zunehmend selbstbewussten und militarisierten russischen Nationalismus ist untrennbar mit diesem Prozess verbunden, da er zum großen Teil durch die NATO vorangetrieben und verstärkt wurde. In Bezug auf die Ukraine sind russische nationalistische Fantasien immer wieder mit geostrategischem Kalkül, der Durchsetzung oligarchischer Interessen und der Selbsterhaltung des »imitierten demokratischen« Systems verwoben worden. Welches Gewicht wir diesen Faktoren beimessen, darüber lässt sich streiten, nicht aber darüber, dass sie gleichzeitig existieren. Die Anerkennung ihrer Existenz schmälert in keiner Weise die Verantwortung Russlands für den Einmarsch in die Ukraine. Vielmehr trägt sie dazu bei, sie zu klären, indem sie es uns ermöglicht, die verschiedenen Glieder der Kausalkette zu identifizieren, die uns zu diesem Punkt gebracht haben, und den Grad der Schuld der einzelnen Akteure zu differenzieren. Eine konsequente antiimperialistische Politik erfordert nicht nur die Verurteilung verbrecherischer Kriege, sondern auch ein Verständnis des Feldes der Großmacht Konkurrenz, das sie immer wieder hervorbringt.

40 Sam Greene ist der Ansicht, dass Moskau trotz aller Rhetorik über die NATO im Grunde genommen mit der Europäischen Union hadern muss: »Here's looking at EU«, 10. Februar 2022, [tldrussia.substack.com](https://tldrussia.substack.com).

41 Greg Afinogenov, »Die Saat des Krieges«, Dissent, 2. März 2022.

42 Volodymyr Artiukh, »US-Beschwörung ist nicht genug. An die westliche Linke, über Ihre und unsere Fehler«, Commons.ua, 1. März 2022.



## Erschreckendes Paradoxon

Die Entscheidung Russlands, in die Ukraine einzumarschieren, überraschte selbst diejenigen, die monatelang das bevorstehende Ereignis angekündigt hatten. Einige der hell-sichtigeren Beobachter hatten erwartet, dass auf die russische Anerkennung der Donbass-Staaten eine begrenzte Militäroperation zur Ausweitung ihres Territoriums folgen würde. Der anfängliche Schock über die Invasion größeren Ausmaßes, die stattdessen folgte, wurde durch die scheinbar wahnhaftige Natur der erklärten Kriegsziele des Kremls noch verstärkt: Entmilitarisierung und »Entnazifizierung« der Ukraine, was nicht nur Schritte zur dauerhaften Lähmung des ukrainischen Militärs, sondern auch zur Installation eines neuen politischen Regimes impliziert. Deutet dies auf eine tiefere Irrationalität des Kremls hin – auf eine Abkopplung der Entscheidungsfindung von grundlegenden strategischen Überlegungen? Die Vorstellung, dass Russland 2022 eine Marionettenregierung in einem Land einsetzen könnte, in dem es 2004 nicht einmal eine Wahl manipulieren konnte, ist nicht plausibel. Dennoch spiegelte die anfängliche Militärstrategie, die einen schnellen Versuch vorsah, Kiew einzunehmen und die Regierung zu entmachten, diese Ambition wider. Innerhalb weniger Tage war dieser Ansatz offenkundig gescheitert, so dass eine Neukalibrierung vorgenommen wurde und man zu Artilleriebeschuss und Belagerungsmethoden wie in Tschetschenien überging. Berichte über Gräueltaten der russischen Streitkräfte in den besetzten Gebieten waren ein weiteres Echo auf diesen düsteren Präzedenzfall.

Das erschreckende Paradoxon der russischen Militärstrategie besteht darin, dass die größten Zerstörungen bisher im Osten und Süden der Ukraine angerichtet wurden, d. h. in den eher »russischen« Gebieten, die der Kreml angeblich »befreien« wollte. Auch wenn Putin in seiner Rede vom 21. Februar eine »Sammlung der russischen Gebiete« angekündigt haben

mag, so war das erste Ergebnis des Krieges die Verwüstung der russischsprachigen Gebiete der Ukraine, was wahrscheinlich zur Vertreibung einer Bevölkerung führen wird, die der Kreml lange Zeit als Sperrminorität innerhalb der Ukraine betrachtet hat. Die Missachtung ihres Wohlergehens deutet entweder auf ein unwahrscheinliches Versagen der Geheimdienste hin – hat irgendjemand auf den Gipfeln der Macht wirklich geglaubt, dass russische Soldaten als Befreier willkommen geheißen würden? – oder auf ein grundsätzlicheres Verständnis, dass es sich hier um eine andere Bevölkerung handelt als in Russland selbst. Allein die Tatsache, dass die russischen Strategen überhaupt in Erwägung gezogen haben, diesen Krieg zu führen, zeigt, dass sie sich bewusst sind, dass die Ukraine in der Tat ein eigenständiges, souveränes Gebilde ist, das sich immer schneller aus der russischen Umlaufbahn herausbewegt. Durch die physische Zerstörung des gemeinsamen sowjetischen Erbes, das Russland und die Ukraine einst verband, bestätigt der Krieg nur die zugrunde liegende politische Realität.

## Ausblick: Fünf Szenarien

Es bleibt abzuwarten, wie sich der Krieg weiterentwickeln wird. Das schlimmstmögliche Szenario, ein umfassender Krieg zwischen den NATO-Mächten und Russland, ist noch nicht eingetreten. Doch je länger der Krieg andauert, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation mit möglicherweise katastrophalen Folgen. Bidens angriffslustige Behauptung bei einem Besuch in Polen Ende März, Putin könne »nicht an der Macht bleiben«, hat die Aussichten auf ein solches Ergebnis erhöht. Der Regimewechsel, der durch die koordinierte und in ihrem Ausmaß beispiellose wirtschaftliche Kriegsführung des Westens bereits deutlich angedeutet wurde, ist nun ausdrücklich, wenn auch inoffiziell, als Ziel der US-Politik formuliert worden.

Ein zweites Szenario wäre eine militärische Niederlage Russlands, wobei eine Kombina-

tion aus Sanktionen und Waffenlieferungen der USA und Europas dazu beitragen würde, den russischen Vormarsch nicht nur zu stoppen, sondern einen Rückzug ohne Friedensabkommen zu erzwingen. Dies erscheint an sich schon unwahrscheinlich – die schiere Größe des russischen Militärs bedeutet, dass es bei entsprechendem politischem Willen noch einige Zeit weiterkämpfen kann – und würde ohne ein Friedensabkommen nicht mehr als eine vorübergehende Atempause für die Ukraine bedeuten.

Eine dritte und für die Ukraine katastrophale Möglichkeit wäre die Verlängerung des Konflikts auf unbestimmte Zeit, wobei die weit aus größere russische Armee den ukrainischen Streitkräften gegenüberstünde, die von den USA und den europäischen Mächten ständig aufgerüstet werden. Das Ergebnis wäre, dass die Ukraine zum Schauplatz eines unerbittlichen Stellvertreterkrieges würde, in dem die Hilfe der USA und ihrer Verbündeten die zerstörerische Kraft der russischen Waffen behindert, aber nicht neutralisiert. Darauf zielt die konzentrierte Politik der westlichen Regierungen derzeit ab, und die Folgen machen ihre scheinbare Sorge um das Wohlergehen der Ukrainer zum Gespött. Am 28. Februar bezeichnete Hillary Clinton auf MSNBC das Afghanistan der 1980er Jahre als »das Modell, auf das man jetzt schaut«, obwohl »die Ähnlichkeiten nicht so groß sind, dass man sich darauf verlassen sollte«. Das Beispiel Syrien scheint nicht weniger erschreckend aktuell zu sein.

Ein viertes, weniger pessimistisches Szenario sieht den raschen Abschluss eines Friedens vor. Mitte März waren in Gesprächen zwischen ukrainischen und russischen Gesandten neue russische Forderungen aufgetaucht: Die ukrainische Neutralität, die Anerkennung der russischen Souveränität auf der Krim und der Unabhängigkeit der Provinzen Donezk und Luhansk. Ende März legten die ukrainischen Unterhändler einen Zehn-Punkte-Plan vor, in dem sie vorschlugen, dass die Ukraine vorbehaltlich eines Referendums einen bündnisfreien

und atomwaffenfreien Status erhält und dass ihre Sicherheit von einem Konsortium anderer Staaten garantiert wird. Die Diskussion über die Krim sollte in einen separaten bilateralen Prozess ausgegliedert werden, und der Donbass wurde nicht erwähnt. Wie auch immer die Konturen einer eventuellen Friedensregelung aussehen mögen, und trotz aller Beteuerungen Washingtons und seiner Verbündeten scheint weitgehend Einigkeit darüber zu herrschen, dass eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ausgeschlossen werden sollte. Angesichts der Tatsache, wie wenig Schutz die Ukraine durch eine mögliche NATO-Mitgliedschaft erhalten hat und wie sehr die NATO selbst dazu beigetragen hat, den Konflikt überhaupt erst wahrscheinlich zu machen, könnte die ukrainische Bevölkerung dies als akzeptable Bedingung für den Frieden ansehen. Da jedoch die russischen Streitkräfte in ihrem Vormarsch scheinbar eingehalten sind und die Waffen aus den USA und Europa weiterhin hereinfließen, könnte die ukrainische Regierung immer weniger Anreize haben, eine Einigung unter Waffengewalt zu akzeptieren, vor allem wenn sie von ihren Verbündeten in dem Glauben bestärkt wird, dass diese Gewalt schließlich zum Rückzug gezwungen wird. Wenn nach den Anfang April in Bucha aufgedeckten Gräueltaten noch weitere ans Licht kommen, werden die moralischen Argumente für Friedensverhandlungen mit Russland noch weniger überzeugen.

Eine fünfte Möglichkeit, die irgendwo zwischen den beiden vorangegangenen Szenarien liegt, besteht darin, dass eine militärische Pattsituation nicht zu einer Friedensregelung, sondern zu einem bewaffneten Waffenstillstand führt. Auf der einen Seite könnten die russischen Besatzungstruppen am Ende genügend Territorium kontrollieren, um eine De-facto-Teilung durchzusetzen, während auf der anderen Seite die ukrainischen Streitkräfte mit Unterstützung der NATO hinter Frontlinien stehen würden, die sich über Hunderte von Kilometern erstrecken. Die Ende März von Russland eingeleitete Neuausrichtung der

militärischen Anstrengungen auf den Donbass ist ein deutliches Signal für eine solche Möglichkeit. Dies wäre eine weitaus größere Version der befestigten Waffenstillstandslinie zwischen Nord- und Südkorea und würde eine permanente Militarisierung nicht nur der Staaten auf beiden Seiten, sondern in weiten Teilen Europas bedeuten.

## Die Aufgaben der Linken

Der Krieg hat der Ukraine bereits einen unannehmbaren Tribut abverlangt, und in jedem Szenario sieht die Zukunft des Landes schwierig, wenn nicht gar düster aus. Die Beseitigung der materiellen Schäden und die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat nach einem eventuellen Frieden werden keine leichte Aufgabe sein; die Wiederherstellung der Souveränität des Landes wird ein Unterfangen ganz anderer Art sein, das von den Plänen und dem Druck externer Kräfte abhängt. Ein hoffentlich möglichst baldiger Rückzug der Russen würde zumindest den Beginn des Wiederaufbaus ermöglichen. Aber die Invasion hat eine Feindschaft gesät, die andauern wird.

In Russland selbst hat der Krieg bereits zu einer unverhohlenen autoritären Wende geführt. Der Ausbruch der Proteste gegen die Invasion führte zu einem harten Durchgreifen im Inland mit Tausenden von Verhaftungen in Dutzenden von Städten. Auch wenn das Interesse der Bevölkerung am Krieg nach wie vor gering ist, könnten der insgesamt zunehmende Druck des Westens auf das Regime und die allgemeine Militarisierung Europas, die sich aus dem Konflikt ergeben wird, eher zu einer Demonstration unter der Flagge als zu Massendemonstrationen oder Rebellionen führen. Ohne ein solches politisches Erdbeben wäre das Regime auch wenig geneigt, positive Beziehungen zur Ukraine aufzubauen. Wenn die auf Sanktionen basierende Bestrafung Russlands institutionalisiert wird, steht das Land längerfristig vor der Wahl zwischen gepanzelter Autarkie und einer engeren wirtschaftlichen Integration mit Chi-

na. So oder so werden sich die Abhängigkeit von Rohstoffexporten und die enormen Ungleichheiten des derzeitigen Wirtschaftsmodells wahrscheinlich noch verstärken, während die Militärausgaben einen immer größeren Teil des schrumpfenden russischen Nationaleinkommens verschlingen.

Auch Europa wird sich wahrscheinlich weiter militarisieren. Die Ankündigung Deutschlands Ende Februar, die Militärausgaben auf über 2 Prozent des BIP zu erhöhen, ist ein düsteres Vorzeichen für die Zukunft. Wenn die herrschende politisch-ökonomische Ordnung bestehen bleibt, ist es schwer vorstellbar, dass diese Erhöhung der Militärausgaben nicht auf Kosten der wenigen verbliebenen sozialen Sicherungsnetze gehen wird. Neoliberale Sicherheitsstaaten werden Wachstum gegen noch mehr Raketen und Stacheldraht eintauschen. Es ist schwer, hier keine Parallelen zur Dämmerung der Belle Époque zu sehen. Damals wie heute nährten die zwischenimperialen Spannungen ein rasantes Wettrüsten. Damals wie heute stellte sich die öffentliche Meinung bereitwillig hinter die nationalen Regierungen. 1914 folgten die parlamentarischen Parteien der Linken diesem Beispiel, stimmten in ihren nationalen Parlamenten für Kriegskredite und ermöglichten so das Blutbad, das sie zwei Jahre zuvor zu verhindern versprochen hatten. Dies ist natürlich ein anderes Jahrhundert, die Linke befindet sich in einer viel schwächeren Position und hat weit weniger Einfluss auf den Lauf der Dinge. Gleichzeitig ist sie viel anfälliger dafür, von einer militarisierten Großmächtekonfrontation, an deren Entstehung sie nicht beteiligt war, mitgerissen oder beiseite geschoben zu werden. Einige der alten Werkzeuge – Internationalismus, Klassensolidarität, eine scharfe und kompromisslose analytische Klarheit – werden benötigt, um die Linke gegen diese neue Runde zwischenimperialer Auseinandersetzungen zu wappnen: gegen die Mächtigen, sowohl gegen ihre Kriege als auch ihren Frieden.

*New Left Review, 6. April 2022*

## Das üble Spiel der Großmächte

# Die Welt als Königsgambit

## Der Ukraine-Krieg ist die Geschichte eines vermeidbaren Krieges

Der Ukraine-Konflikt ist ein Königsgambit auf dem Schachbrett der Weltpolitik. Auf Kosten des Landes und zum Nachteil Europas. Die Entstehung dieses Desasters reicht bis in das Jahr 1992 zurück, die Hintergründe sind komplexer, als wir glauben wollen. Es ist die Geschichte eines vermeidbaren Krieges, der die Welt verändert.

### Die USA spielen ihr eigenes Spiel und lassen die Sanktionen Europa und den Rest der Welt ausbaden

Das Leiden in jedem Krieg ist groß, die Abartigkeiten, wie sie entstehen und für eigene Interessen genutzt werden, ebenso. Die Europäische Union, die als Hauptsymbol Sterne in ihrer Flagge trägt, hat dabei als Traummannlein/-weiblein verschlafen, dass die eigenen Narrative wie Friede, Freiheit, Demokratie im Rest der Welt durchaus anders gedeutet werden und die Könige auf dem Schachbrett ihre eigenen Narrative verfolgen. Dabei geht es nicht um moralische Grundsätze, sondern einzig und allein um wirtschaftliche Vorteile. Die USA sehen sich in diesem Königsgambit als König der Könige, gefolgt von China, Russland und Indien, welches dabei ist, sich in der Königsklasse zu etablieren. Alle anderen Nationalstaaten dieser Welt spielen als Turm, Springer oder Bauern eine kleinere oder größere Nebenrolle auf dem Spielfeld. Auch die Europäische Union, die de facto keine außenpolitische und sicherheitspolitische Kompetenz hat und genau in diesen Fragen auf Ebene der Nationalstaaten abseits der Königsklasse agiert. Der Krieg in der Ukraine zeigt überdeutlich, wie dieses Königs-

gambit funktioniert. China und Indien tragen die Sanktionen nicht mit, vermeiden Nachteile und hoffen auf neue Vorteile. Die USA verfolgen ihre eigene Doktrin vorwiegend auf Kosten Europas. Zum einen sind die Sanktionen gegen Russland ein schmerzhafter Schuss ins europäische Knie und nicht ins amerikanische; zum anderen würde ein dritter Weltkrieg auf europäischem Boden stattfinden und die USA wären außen vor. Fakt ist, dass dieser Krieg vorausgesagt wurde, vermeidbar gewesen wäre und auch beendet werden könnte, wenn die USA nur wollten.

### Die USA begannen den Irakkrieg aus Eigennutz, Russland den Ukrainekrieg aus Selbstschutz

Doch der Reihe nach: Blenden wir kurz in das Jahr 2003 zurück, um die amerikanische Denkart und ihr Hegemonieverhalten besser zu verstehen. Damals begannen die USA ohne Mandat der UNO einen völkerrechtlich illegalen Angriffskrieg gegen den Irak. Vorgeschoben wurde der Bericht eines einzigen Geheimdienstagenten, der behauptete, dass im Irak Massenvernichtungswaffen existieren würden. Es war, wie sich später herausstellte, eine Lüge der USA, mit der dieser Krieg gerechtfertigt werden sollte. In Wahrheit ging es einerseits um plumpe Rache nach dem Terroranschlag von 9/11 im Jahr 2001, aber vor allem um die Sicherung des Petrodollars, also um wirtschaftliche Interessen. Nach Ende des Krieges, der mehr als 100 000 Menschen das Leben kostete, plünderten die USA die Ölfelder des Irak zur Refinanzierung des Krieges

und ließen ein bis heute destabilisiertes Land zurück. Angesichts des Ukrainekrieges und der harten Sanktionen gegen Russland stellt sich die Frage, warum damals die Staatengemeinschaft diese nicht auch gegen die USA ausgesprochen hatte, um zu versuchen, ein Ende des Krieges zu erzwingen? Das liegt daran, dass die USA nicht nur die stärkste Militärmacht der Welt sind, sondern auch über sogenannte »Soft Power« verfügen. Wirtschaftlich, medial und digital sind die USA ebenfalls führend. Und Übermacht führt – wie man sieht – zur Doppelmoral. Während Russland hauptsächlich das Gas als Trumpf in der Hand hält, ist das Erpressungspotenzial der Supermacht USA um ein Vielfaches höher, als jenes von Russland, obwohl die Konsequenzen eines Ausfalls der Gaslieferungen aus Russland für Europa ebenfalls dramatisch wären.

Mit dem Einmarsch in der Ukraine im Februar 2022 begann Russland wie die USA im Jahr 2003 einen völkerrechtlich illegalen Krieg, der gleichermaßen zu verurteilen ist. Allerdings gibt es einen wesentlichen Unterschied; Während die USA 2003 aus Eigennutz handelten, begann Russland den Ukrainekrieg zum Selbstschutz. Denn ebenso wie die USA keine chinesischen oder russischen Atomraketen in Mexiko oder Kuba (Kubakrise 1962) akzeptieren würden, benötigt Russland in seinem Selbstverständnis die Ukraine als Pufferzone. Nach einem NATO-Beitritt der Ukraine wäre Moskau durch die Atomraketen der NATO nur zwei Minuten von der totalen Zerstörung entfernt. Das ist unter der Reaktionszeit, um zurückzuschlagen zu können. Eine realpolitische Tatsache im Königsgambit. Der westlichen Allianz war dieser Umstand bewusst. Deshalb erhielt der ehemalige Sowjetführer Michail Gorbatschow nach dem Zerfall der Sowjetunion 1992 das Versprechen, dass sich die NATO keinen Zoll nach Osten ausbreiten werde. Dieses Versprechen ist sowohl durch den französischen Ex-Außenminister Roland Dumas und durch Dokumente des National Security Archive der Georg Washington Universität belegt. 1999 bra-

chen Europa und die USA diese abgegebene Garantie und nahmen Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO auf. Das war der erste Brandbeschleuniger für den Ukrainekrieg. Es ist deshalb wenig verwunderlich, dass 2014 der ehemalige amerikanische Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, ein gebürtiger Pole und profunder Russlandkenner, davor eindringlich warnte, Georgien und die Ukraine in die NATO aufzunehmen, weil sonst ein heißer Krieg an der Grenze Osteuropas drohe. William Burns, ehemaliger Botschafter der USA in Moskau und heutiger Chef der US-Geheimdienste, ließ 2015 ebenfalls die Alarmglocken schrillen. Eine Aufnahme der Ukraine in die NATO »überschreite eine hellrote Linie russischer Interessen«.

Diesen Warnungen gegenüber steht die amerikanische Doktrin, die besagt, dass Russland ohne Einfluss auf die Ukraine von einer Supermacht zu einer Regionalmacht mit Atomwaffen schrumpfen würde, womit ein König weniger auf dem Spielfeld wäre. Überdies hätte der Westen bei einem NATO-Beitritt der Ukraine die Kornkammer der Welt und die Bodenschätze der Ukraine in der Hand. Die Ukraine ist also ein lohnendes Ziel, um den Hegemonieanspruch der USA zu sichern.

Die Geschehnisse von März 2021 bis zu Beginn des Krieges zeigen, wie der amerikanische Präsident Jo Biden und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den »russischen Bären« gereizt und jeden Kompromiss verweigert haben.

- 17. März 2021:** US-Präsident Joe Biden geht in die Offensive und bezeichnet den russischen Präsidenten als Mörder.
- 24. März 2021:** Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Dekret, in dem er ankündigt, dass er die Krim und den Donbass mit Gewalt zurückerobern wird.
- 25. März 2021:** Russland beginnt, nahe der ukrainischen Grenze Truppen für eine Militärübung zusammenzuziehen.

- 10. November 2021:** Die USA und die Ukraine unterzeichnen einen Freundschaftsvertrag, der den vollen NATO-Beitritt mit Unterstützung der USA vorsieht.
- 15. Dezember 2021:** Russland schlägt den USA zwei Friedensverträge vor und verlangt eine schriftliche Antwort. Die USA verweigern jegliche Verhandlung. Gleichzeitig feuert die Ukraine mittels Drohnenangriff auf die Zivilbevölkerung im Donbass und in der Nähe der Krim.
- 12. Februar 2022:** Der französische Präsident Macron und der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz versuchen als letzte Friedenschance, die Ukraine zur Umsetzung des Minsker Abkommens zu bewegen. Die Ukraine verweigert. Am selben Tag kündigt der ukrainische Präsident Selenskyj auf der Münchener Sicherheitskonferenz an, dass er Atomwaffen erwerben möchte, womit er die Budapester Vereinbarung von 1994 über die Nichtnuklearisierung de facta bricht.
- 13.–20. Februar 2022:** Die ukrainische Armee beschießt den Donbass, was hunderte Todesopfer fordert und einen Massenexodus zur Folge hat.
- 21. Februar 2022:** Russland erkennt die beiden Donbass-Republiken an.
- 24. Februar 2022:** Der Krieg beginnt als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Mit dem Krieg trat eine unumkehrbare Pattstellung ein: Russland wird militärisch so lange vorgehen, bis es annehmbare Zugeständnisse erhält. Europa und die USA versuchen durch Sanktionen, Russland so weit zu schwächen und zum Einlenken zu bewegen, um möglichst wenig oder keine Zugeständnisse machen zu müssen. Im Kern geht es um drei heiße Punkte, für die es Beispiele in der jüngeren europäischen Geschichte gibt:

### 1. Die Krim-Frage

Die Krim-Frage wird am schwierigsten zu lösen sein, da historisch am meisten belastet. Als Vor-

bild könnte Zypern dienen, das seit 1974 durch eine türkische Annexion geteilt ist. Bis heute ist dieses Problem ungelöst, führt aber zu keinem Nachfolgekrieg und dauerhaften Sanktionen.

### 2. Donbass-Republiken/Ostukraine

Ein Autonomie-Modell der Donbass-Republiken zum Schutz der russischen Bevölkerung wird unumgänglich sein. Südtirol könnte hier als Vorbild dienen.

### 3. Neutralität der Ukraine

Für Österreich war der Preis der Freiheit nach 1945 die immerwährende Neutralität, mit der wir gut gelebt haben. Noch ist es zwischen den USA und Russland offen, welchen Weg die Ukraine gehen wird. So oder so, im Königsgambit der Weltpolitik bezahlen die Bauern immer ihren Preis.

(Titelstory ohne Autor aus »Österreich-Sicher« 2\_2022, Offizielles Partnermagazin für Prävention im Rahmen der Aktion GEMEINSAM. SICHER in Österreich)

### Kleiner Nachtrag:

Wir haben dieses kleine Urlaubsmitbringsel unseres Genossen Gottlieb Gudopp-von Behm u. a. an alle Bundestagsabgeordneten der Partei DIE Linke geschickt, als denkanstößigen Friedensgruß aus Österreich und verbunden mit der Bitte, die Friedensarbeit der Marxistischen Blätter durch eine Spende zu unterstützen.

*LoG*

### Kontonummer

Neue Impulse Verlag  
IBAN DE08 3601 0043 0033 7094 32,  
Stichwort MBI

# Nein zum Krieg!

Hochrüstung stoppen! Abrüsten statt Aufrüsten!  
Frieden geht nur mit Russland und China!

(Beschluss des 24. Parteitagess der DKP, 22. Mai 2022)

Die Gefahr eines großen Krieges, eines Atomkrieges mit Europa als atomarem Schlachtfeld, ist so groß wie nie. Sie hat mit der Zuspitzung des Krieges in der Ukraine weiter zugenommen. Die verstärkte Hochrüstung der US-geführten NATO, von EU und Deutschland muss gestoppt werden. In diesem Land heißt das, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen mit den Forderungen »Kein Waffenexport in die Ukraine«, »Kein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr«, »Kein Umsetzen der NATO-Forderung nach Erhöhung der Rüstungsaufgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes«, »Keine Kampfdrohnen«, »Keine neuen Atombomber«, Keine Stationierung von US-Raketen in Deutschland«, »Stoppt die nukleare Teilhabe«, »Sofortiger Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atomwaffenverbotsvertrag«, »Sofortiger Abzug aller im Fliegerhorst Büchel unter Verantwortung der Bundeswehr gelagerten US-Atomwaffen in die USA«.

Darauf müssen sich jetzt alle Friedenskräfte konzentrieren – ungeachtet unterschiedlicher Einschätzungen zum Krieg in der Ukraine. Die DKP ist Teil der Friedensbewegung und wird nach ihren Kräften dazu beitragen. Die DKP setzt sich daher für eine solidarische Debatte innerhalb der Friedensbewegung ein

## Der Krieg in der Ukraine muss beendet werden

Der Krieg in der Ukraine muss schnellstens beendet werden. Dieser Krieg hat bereits tausende Opfer gekostet. Soldaten und Zivilisten wurden und werden getötet. Die Zerstörungen sind

immens, Millionen sind auf der Flucht. Unser Mitgefühl gehört Opfern und ihren Angehörigen. Wir sind solidarisch mit allen Geflüchteten und mit unseren russischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die zunehmenden Angriffen ausgesetzt sind.

Der Krieg in der Ukraine kann nur durch Verhandlungen gestoppt werden. Verhandlungsgegenstand muss ein Sicherheitskonzept sein, das die Interessen Russlands, der Ukraine und der Lugansker und Donezker Volksrepublik beinhaltet. Dazu gehört die Anerkennung der Volksrepubliken und des Status der Krim. Dazu gehört die Neutralität der Ukraine. Sie kann kein Mitglied der NATO werden. Auch ein Beitritt zur EU beinhaltet u. a. mit Art. 42 des EU-Grundlagenvertrages militärische Verpflichtungen und ist abzulehnen. Die Ukraine darf nicht länger hochgerüstet werden. Sie darf weder Atomwaffen und andere Massenvernichtungswaffen (z. B. ABC Waffen) besitzen, noch dürfen solche auf ihrem Territorium stationiert werden.

Die USA haben das Interesse, den Krieg zu verlängern, um Russland als Partner der Volksrepublik China zu zermürben, die Voraussetzungen für eine »bunte Revolution« in der Russischen Föderation zu schaffen, Russland in eine Halbkolonie zu verwandeln und die VR China in den Krieg hineinzuziehen. Sie nutzen die von ihnen beherrschte NATO, um die EU und Deutschland in diese Strategie einzubinden. Das erste Ergebnis dieser Einbindung ist der Stopp der Gas-Pipeline »North Stream 2« und die Planungen für ein Energie-Embargo – gegen die sich auch Teile des deutschen Monopolkapitals stellen – oder die US-Planungen zur

Stationierung von hochpräzisen Hyperschallwaffen, sogenannte Dark Eagle, in Grafenwöhr. Sie sind Kriegsparteien und befeuern den Krieg durch militärische, politische und finanzielle Unterstützung des Kiewer Regimes auf der einen und antirussische Hetze auf der anderen Seite. Deutschland steht nicht in der zweiten Reihe, sondern rühmt sich, zweitstärkster Waffenlieferant zu sein. Wer den Krieg stoppen will, muss gegen die Waffenlieferungen in die Ukraine protestieren und diese verhindern. Wer diesen Krieg anheizt, erhöht die Gefahr eines Atomkrieges nicht nur in Europa.

## Der Krieg in der Ukraine

Der Krieg in der Ukraine hat nicht mit dem russischen Angriff am 24. Februar 2022 begonnen, sondern hat eine lange Vorgeschichte, die eine einseitige Schuldzuweisung gegen Russland, wie sie – medial verbreitet aber auch in Teilen der Friedensbewegung vorgenommen wird, nicht zulässt.

Der Krieg wird von der Ukraine seit acht Jahren gegen die Bevölkerung im Donbass geführt – mit gezielter Zerstörung ziviler Infrastruktur, permanentem Bruch von Waffenruhen und mit dem Terror faschistischer Armee-Einheiten. Der Krieg gegen den Donbass kostete 14.000 Menschenleben. Vorausgegangen ist der von der EU und Deutschland beförderte und unter Einbeziehung von Faschisten durchgesetzte Putsch in der Ukraine 2014. Es entstand ein von den USA abhängiger Staat, in dessen Verfassung die NATO-Mitgliedschaft als erklärtes Ziel festgeschrieben wurde. Der Zugriff auf die Ukraine reiht sich ein in die seit 1999 ständig forcierte und wortbrüchige NATO-Osterweiterung mit Drohgebärden und Truppenmanövern an der russischen Grenze.

Die Osterweiterung ist Teil der Aggressions- und Einkreisungspolitik der NATO, die sich nicht nur gegen Russland, sondern auch gegen die Volksrepublik China richtet. Die Ukraine war ein entscheidendes Stück, das zur Einkreisung Russlands vom Westen her fehl-

te. Der Westen unterstützte bereits 2004 die »orangene Revolution« und griff dann 2014 zum Mittel des Putsches gegen die demokratisch gewählte Regierung der Ukraine. Das Land sollte Mitglied der NATO und der EU werden, eine Speerspitze gegen Russland.

Die Ukraine, deren Streitkräfte und Polizei mit Faschisten durchsetzt sind, wurde fortan vom Westen hochgerüstet, das Militär vom Westen ausgebildet. Das Minsk-II-Abkommen, das direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien – der Ukraine und den Volksrepubliken des Donbass – vorsah, und 2015 mit der Resolution 2202 des UN Sicherheitsrates verbindlich wurde, wurde von der Ukraine sieben Jahre lang boykottiert – mit Billigung der Garantiemächte Deutschland und Frankreich.

Vor dem russischen Angriff auf die Ukraine hat sich die Situation dramatisch zugespitzt. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2022 drohte der ukrainische Präsident mit der atomaren Bewaffnung seines Landes. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Ukraine ihre Truppen an der im Minsk-II-Abkommen festgelegten Kontaktlinie, die mitten durch die Territorien der Volksrepubliken des Donbass verlief, bereits um ein Vielfaches verstärkt. Es war offensichtlich, dass eine ukrainische Offensive in Richtung der von den Regierungen der Volksrepubliken kontrollierten Gebiete dieser Länder unmittelbar bevorstand. Im März 2021 ordnete der Ukrainische Präsident außerdem die Rückeroberung der Krim und der Stadt Sewastopol an. Würde es zu einer Stationierung von Raketen in der Ukraine kommen, würde die Flugzeit nach Moskau weniger als 5 Minuten betragen.

Für Russland waren damit die roten Linien weit überschritten. Russland hat wiederholt auf seine Sicherheitsinteressen hingewiesen und vielfach versucht, die Lage zu deeskalieren. 2007 versuchte Präsident Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Westen zu einem vertraglich vereinbarten Interessenausgleich zu kommen. Der Westen war daran nicht interessiert. Die Versuche der



Deeskalation wurden nicht nur ignoriert, sondern bewusst hintergangen. Noch in den letzten Monaten vor dem Ukraine-Krieg versuchte Russland in Verhandlungen über gegenseitige Sicherheitsgarantien mit der NATO einzusteigen. Dieses wurde von der NATO ignoriert.

## Einschätzung des Krieges gegen die Ukraine

Ohne diese Vorgeschichte lässt sich der Krieg in der Ukraine nicht beurteilen. Die Verurteilung Russlands wegen Führung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges greift zu kurz. In einer medial und propagandistisch aufgeheizten Zeit werden selbst konservative Politiker wie der ehemalige SPD-Minister Klaus von Dohnanyi als »Putinverstehler« gebrandmarkt, nur weil sie Verständnis für berechtigte Sicherheitsinteressen Russlands äußern.

Wichtiger denn je ist eine Haltung wie die der revolutionären Regierung Kubas. Sie erklärte, dass sich die Situation in der Ukraine nicht beurteilen lasse, ohne die berechtigten Ansprüche der Russischen Föderation gegenüber den USA und der NATO zu berücksichtigen und ohne die Faktoren, die zur Anwendung von Gewalt und Nichtbeachtung von Rechtsgrundsätzen und internationalen Normen geführt haben, genau zu prüfen. Auch die chinesische Regierung wendet sich gegen einseitige Schuldzuweisungen und verweist darauf, dass die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Seiten berücksichtigt werden müssen.

Unsere Schwesterpartei, die Kommunistische Partei der Ukraine, ist seit dem Putsch 2014 de facto in die Illegalität gedrängt worden und darf nicht zu Wahlen kandidieren. Bereits vor drei Jahren schätzte sie ein, dass in ihrem Land Nazismus und Faschismus wieder erstarken. In der Ukraine habe die Kompradoren-Oligarchie, die mit direkter Unterstützung der USA, der EU und des internationalen Kapitals die Macht übernommen und das Land nach dem bewaffneten Staatsstreich im Februar 2014 den neonazistischen und nationalistischen Kämpfern

zum Fraß vorgeworfen. Unsere Schwesterpartei, die Kommunistische Partei der Russischen Föderation, unterstützt die Militäroperation der russischen Regierung. Nach ihrer Auffassung haben die unternommenen Schritte das Ziel, den Frieden im Donbass zu garantieren und Russland gegen immer größere Gefahren von Seiten der USA und der NATO zu sichern. Der Aufbau der Ukraine zu einem Marionettenstaat der NATO zur Bedrohung Russlands schafft nach Auffassung der KPRF nicht nur eine kritische Gefahr für die Sicherheit Russlands, sondern widerspricht auch grundlegend den Interessen des ukrainischen Volks. Es gehe darum, die Kiewer Provokateure zum Frieden zu zwingen und die Aggressivität der NATO einzudämmen. Nur eine Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine könne nachhaltige Sicherheit für die Völker Russlands, der Ukraine und ganz Europas gewährleisten. Gleichzeitig fordert die KPRF innenpolitisch und wirtschaftspolitisch eine Wende des sozialen Fortschritts, eine Wende nach links. Eine Garantie für Frieden und soziale Gerechtigkeit könne nur der Sozialismus bieten.

Auch Russland ist ein Staat, in dem die Bourgeoisie die Macht hat. Sie hat aber mit der Arbeiterklasse das Interesse gemein, dass Russland der Bedrohung durch die Nato widersteht.

Russland hat die Ukraine angegriffen. Wir sehen dabei allerdings zwei Ebenen. Einmal die Anerkennung der beiden Volksrepubliken, das entsprechende Beistandsabkommen und die militärische Unterstützung der beiden Volksrepubliken im von der Ukraine gegen sie geführten Krieg. Dies ist aus unserer Sicht völkerrechtlich gedeckt und stellt für die Bevölkerung des Donbass vor allem die Hoffnung auf die Beendigung des achtjährigen Kriegs dar.

Die andere Ebene sind die weitergehenden Angriffe auf die Ukraine. Hier gibt es bei uns unterschiedliche Beurteilungen. Diese reichen von der Einschätzung, dass es sich um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg handelt, bis zur Bewertung, dass es ein Verteidigungskrieg sei, der der Abwehr eines unmittelbar bevorste-

henden Angriffs diene und der damit völkerrechtlich gedeckt wäre. Dazu wollen wir künftig unsere kollektive Diskussion verstärken.

## Die Weltkriegsgefahr stoppen! Das Völkerrecht wieder in Kraft setzen!

Wir Kommunistinnen und Kommunisten sagen klar und deutlich: Die Rückkehr zu den Prinzipien des Völkerrechts ist eine wesentliche Grundlage für eine zukünftige Friedensordnung in Europa und der Welt.

Dabei vergessen wir nicht: Seit den 90er Jahren höhnte der Imperialismus das Völkerrecht immer weiter aus. Die NATO führte einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien. In unterschiedlichen Konstellationen führten die USA und andere NATO-Länder Kriege in Afghanistan, Syrien, Libyen, an vielen Orten auf der Welt. Der blutige Krieg Saudi-Arabiens im Jemen wird nicht nur geduldet, sondern mit Waffenlieferungen unterstützt. Mit all diesen Kriegen, mit den erbarmungslosen Sanktionen gegen den Iran, Venezuela, Syrien und viele andere Länder, mit der mörderischen Blockade gegen Kuba wurden das Völkerrecht, die UN-Charta ausgehöhlt.

Für die Zukunft der Menschen in der Ukraine und für unsere Zukunft müssen wir dafür kämpfen, dass die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden, dass die Konfrontation gestoppt wird und das Völkerrecht wieder in Kraft gesetzt wird.

Momentan passiert das Gegenteil. Der Angriff Russlands auf die Ukraine wird als Vorwand genutzt, um ein nie dagewesenes Kriegs- und Sanktionsprogramm von USA, NATO, EU und Deutschland umzusetzen. Damit dies mit möglichst wenig Widerstand durchgesetzt werden kann, wird es begleitet von insbesondere durch die Medien geschürter Verunglimpfung von allen, die sich differenziert zum Konflikt äußern und von Putin als einem Irren und Alleinverantwortlichem (»Diktator«) für diesen Krieg. Es wird gehetzt und Hass auf »die Russen« geschürt, was sich auch in unserem Land

in Ausgrenzung und Gewalt gegen russische Mitbürgerinnen und Mitbürger entlädt. Doch damit nicht genug: Kultur und Geschichte des russischen Volkes werden negiert, mit Bann belegt. Das ist der alte Geist des Herrenmenschen.

Die NATO verstärkt ihre Truppenpräsenz vor den Grenzen Russlands, die USA wollen Hyperschallraketen in Deutschland stationieren, die in wenigen Minuten Moskau erreichen können. Die EU hat ein neues Militärprogramm und neue Eingreiftruppen beschlossen. Deutschland will die Führungsrolle übernehmen. Das Zwei Prozent-Ziel nach NATO-Kriterien soll jetzt umgesetzt werden: Der Rüstungshaushalt soll auf 80 Milliarden Euro jährlich anwachsen. Zusätzlich soll im Grundgesetz ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen festgeschrieben werden. Neue Waffensysteme, darunter Atombomber und Drohnen, sollen angeschafft und weitere gemeinsam mit der EU entwickelt werden. Ein solches Kriegs- und Aufrüstungspaket hat die Bundesrepublik noch nie erlebt. Jetzt soll alles weggewischt werden, was dem deutschen Imperialismus noch als Fessel aus der Geschichte auferlegt war.

Dieser Krieg forderte bereits tausende Opfer, Millionen sind auf der Flucht. Infrastruktur, Häuser, Wohnungen sind und werden zerstört, der Krieg bringt unendliches Leid für die Menschen. Die völkerrechtswidrigen Sanktionen in nicht gekanntem Ausmaß treffen nicht nur die arbeitenden Menschen in Russland, sondern auch in Europa. Die Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie machen einen normalen Lebensstandard für viele unerschwinglich. Sollte es wirklich zu einem Stopp von russischen Gaslieferungen kommen, sind in Deutschland hunderttausende Arbeitsplätze in Gefahr. Schon jetzt sorgen die Sanktionen für Risse in den Lieferketten, für stillstehende Bänder und Kurzarbeit. In einigen afrikanischen Ländern die vom Kapitalismus in eine Abhängigkeit von Lebensmittelimporten gebracht worden sind, droht eine neue Hungersnot.

Gewinner sind insbesondere die Teile des Monopolkapitals, die an Rüstung und Krieg

verdienen. Als Gewinner sieht sich auch der Teil des Monopolkapitals, der hofft, dass der Niedergang des Imperialismus durch die Kriegspolitik gestoppt werden kann, indem Russland und China wieder in eine halbkoloniale Lage gedrängt werden.

## Für Frieden!

Sanktionspolitik, Hochrüstung und die weitere Einkreisung Russlands und Chinas erhöhen die Kriegsgefahr und die Gefahr eines Atomkrieges enorm. Auslöser ist nicht der Krieg in der Ukraine oder das Leid der Menschen in der Ukraine. Vielmehr ist die Ukraine nur Schauplatz eines Stellvertreterkrieges. Es geht um geopolitische Interessen, Einflussphären, Marktanteile, Rohstoffe, Energiepläne und Transportwege. Es geht um die »regelbasierte Ordnung« im Sinne des westlichen Imperialismus. Es geht gegen Russland als Konkurrenten und China als »systemischen Gegner«.

Die von der NATO, dem US- und dem deutschen Imperialismus mit aller Gewalt verteidigte Vorherrschaft, die »ihre« Welt»ordnung«, führt zu Kriegen und Elend. Dem setzt die VR China eine Politik der friedlichen Koexistenz entgegen. Sie ist eine Möglichkeit, das internationale Kräfteverhältnis zugunsten der fortschrittlichen, sozialistischen Kräften zu verschieben und damit dazu beizutragen, den Weg zum Sozialismus in weiteren Ländern zu öffnen. Nur eine sozialistische Gesellschaftsordnung kann einen dauerhaften Frieden und eine Welt frei von Ausbeutung und Krieg gewährleisten.

Der Hauptaggressor ist und bleibt die NATO unter Führung der USA, gefolgt von der EU mit Deutschland als Führungsmacht. Damit sich die USA auf den Hauptgegner China

konzentrieren kann, braucht sie eine geeinte NATO mit einer geeinten EU unter deutscher Führung als Speerspitze gegen Russland. Unsere Losung bleibt: Frieden geht nur mit Russland und China! Unser Hauptfeind ist der deutsche Imperialismus, er will den Sprung zur Großmacht vollenden.

Unabhängig unterschiedlicher Einschätzungen müssen die Friedenskräfte in diesem Land jetzt gemeinsam Widerstand gegen die Hochrüstung und die Gefahr eines atomaren Krieges und Druck auf die Bundesregierung entwickeln. Die DKP wird sich mit ihren Positionen in den Friedenskampf einbringen und nach Kräften helfen, die Friedensbewegung zu stärken.

## Die DKP fordert:

- Den Krieg stoppen! Verhandeln jetzt! Für eine neue Sicherheitsarchitektur für ganz Europa!
- Gegen Hochrüstung! Kein Sondervermögen für die Bundeswehr! 2-Prozent-Ziel stoppen! Abrüsten statt Aufrüsten!
- Keine Atombomber – Schluss mit der nuklearen Teilhabe!
- Keine Stationierung von Hyperschallraketen in Deutschland! Abzug aller US-Raketen aus Deutschland! Büchel!
- Stopp der Waffenlieferungen in die Ukraine! Keine Beteiligung an den EU-Battlegroups und Austritt aus der EU!
- Keine militärische, politische und finanzielle Unterstützung des Kiewer Regimes!
- Rücknahme der Sanktionen gegen Russland – Energiepreisstopp jetzt!
- Stopp aller Bundeswehreinätze!
- Deutschland raus aus der NATO – NATO raus aus Deutschland!

# Jetzt abonnieren ...

## Hiermit bestelle ich

- ein befristetes Testabonnement (3 Ausgaben für 18 €) ohne automatische Verlängerung
- ein Abonnement für mindestens 12 Ausgaben
- ein Geschenkabonnement für mindestens 6 Ausgaben
  - zum **Normalpreis** von 54 €/Jahr
  - zum **ermäßigtem Preis** von 38 €/Jahr
  - zum **Förderpreis** von 100 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum Normalpreis von 64 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum ermäßigten Preis von 48 €/Jahr

Neue Abo-Möglichkeit!

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Alter \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Telefon, E-Mail \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

\*\* Das Abonnement verlängert sich um weitere 6 Ausgaben, wenn es nicht bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes schriftlich beim Neue Impulse Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen oder per E-Mail info@neue-impulse-verlag.de gekündigt wird.

## Widerrufsbelehrung

Ich bin berechtigt, diese Abo-Bestellung binnen 14 Tagen schriftlich beim Neue Impulse Verlag zu widerrufen.

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

- Die Rechnung geht an die Lieferanschrift
- Die Rechnung geht abweichend von der Lieferanschrift an:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Telefon, E-Mail \_\_\_\_\_

- Die Rechnung soll abgebucht werden. Hiermit erteile ich dem Neue Impulse Verlag das Mandat, die Abo-Gebühren für die Zeitschrift ›Marxistische Blätter‹ sowie gegebenenfalls bestellte Bücher von meinem Giro-Konto abbuchen zu lassen. (**SEPA-Mandat**)
  - Abo-Abbuchung jährlich
  - Abo-Abbuchung halbjährlich

Kundennummer (wenn vorhanden) \_\_\_\_\_

Ihre IBAN \_\_\_\_\_ / \_\_\_\_\_ / \_\_\_\_\_ / \_\_\_\_\_ / \_\_\_\_\_ / \_\_\_\_\_

Ihre BIC \_\_\_\_\_

Unsere Gläubiger-ID **DE56ZZZ00000293744**

Die Abbuchung der Abo-Gebühren und der Buchrechnungen erfolgt jeweils zum Ersten eines Monats. Das Mandat endet automatisch mit der Beendigung des Abonnements.

\_\_\_\_\_  
Ort/Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift